



61. JAHRGANG • OKTOBER

10

2007

# STÄDTE- UND GEMEINDERAT

HERAUSGEBER STÄDTE- UND GEMEINDEBUND NORDRHEIN-WESTFALEN



StGB NRW · Kaiserswerther Str. 199-201 · 40474 Düsseldorf  
PVSt · Deutsche Post AG · „Entgelt bezahlt“ · G 20 167

**Zentren auf dem Land**

Interview Dr. Schneider

NRW-Tag

Abwasser





## STÄDTE- UND GEMEINDERAT

Die Fachzeitschrift für Kommunal- und Landespolitik in Nordrhein-Westfalen

**Leben, wo andere** Urlaub machen, ist ein im Alltag kaum wahrgenommenes Privileg. Tatsächlich kommen mehr als die Hälfte der rund 18 Millionen Menschen in NRW tagtäglich in diesen Genuss: Sie leben und arbeiten abseits der Großstädte im Grünen, während Besucher aus dem In- und Ausland hier nach Erholung streben. Im internationalen Ringen um Standortvorteile besinnen sich vor allem kleine Städte und Gemeinden auf ihre Stärken und fördern sie gezielt. Tourismus ist dabei für ländliche Kommunen ein wichtiger Standortfaktor geworden bei dem Versuch, sich attraktiv zu machen für Menschen und Unternehmen.

Wer in ländlichen Regionen lebt, weiß aber auch um die kleinen Schwierigkeiten des Alltags. Wo früher in den Dörfern noch Tante-Emma-Läden, Bäckereien und zahlreiche Bauernhöfe die Bewohner mit dem Nötigsten versorgten, müssen heute oft viele Kilometer für Milch oder Brot zurückgelegt werden. Discounter und Ladenketten machen den kleinen Geschäften das Leben schwer. Viele Bauern haben ihre Höfe längst aufgegeben. Probleme haben vor allem die, die nicht mobil sind: Hochbetagte, Eltern mit Kindern, Behinderte.

Auf der anderen Seite gibt es vieles, das früher den großen Städten vorbehalten war, mittlerweile auch auf dem Land: Medien, Internet, weiterführende Schulen, Konzertsäle, Freizeitparks, Museen und Kulturfestivals. Über mangelnde Daseinsvorsorge kann in ländlichen Regionen kaum noch



geklagt werden. Bei geschickter Planung stehen Zentren auf dem Land groeren Städten in punkto Infrastruktur in nichts nach. Vor allem junge, gut verdienende Familien fühlen sich davon angezogen. Platz zum Spielen für die Kinder, weniger Anonymität als in den Städten - die Liste der Vorteile ist lang. Das ist auch in den Rathusern angekommen. Die Leitbild-Diskussion in vielen Kommunen zeugt von einer regen Auseinandersetzung mit dem eigenen Image.

Es liegt auch und gerade in der Verantwortung der Kommunalverwaltungen, gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern sowie den örtlichen Gewerbetreibenden im ländlichen Raum attraktive Zentren zu schaffen. Dabei ist die freie Fläche, wie jeder weiß, ein endliches Gut, das es verantwortungsbewusst zu nutzen gilt. Es gibt eine Fülle von Möglichkeiten, Wachstum und Flachenschonung miteinander zu verbinden - vom innerörtlichen Lückenschluss über die Rekultivierung von Brachflächen bis zur verdichteten Siedlungsplanung. „Zentren auf dem Land“ ist kein Widerspruch in sich, sondern die Vollendung einer alten zivilisatorischen Idee.

Dr. Bernd Jürgen Schneider  
Hauptgeschäftsführer StGB NRW



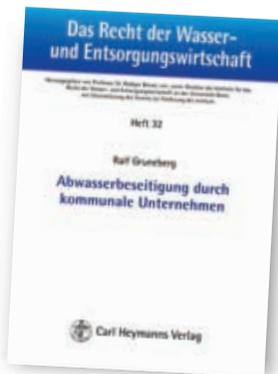
## Vergabe von Dienstleistungskonzessionen

v. Roderic Ortner, Kölner Schriften zum Europarecht, Band 44, 321 S., kart. 85 Euro, 2007. XVII, Carl Heymanns Verlag GmbH, ISBN 3-452-26653-8

Um Wettbewerbsverzerrung und Benachteiligung einzelner Anbieter zu vermeiden, unterliegen öffentliche Aufträge nach Vergaberecht der Ausschreibungspflicht. Europaweit soll jedes Unternehmen die Möglichkeit erhalten, einen Auftrag für sich zu gewinnen. Die Vorteile der Dienstleistungskonzession veranlassen Kommunen zum Beispiel, die Personenbeförderung durch Private durchführen zu lassen. Aber auch Bund und Länder entdecken die Attraktivität der Konzession in vielen Tätigkeitsbereichen. Die Entstaatlichung erfasst immer mehr Sparten. Es findet ein zunehmender „Privatisierungssog“ statt. Die Monographie arbeitet die einzelnen Tatbestandsmerkmale der Dienstleistungskonzession heraus und zeigt auf, dass viele Einzelfragen noch ungeklärt sind. Des Weiteren werden Möglichkeiten zum Rechtsschutz der mit der Konzession in Berührung kommenden Personen dargelegt.

## Abwasserbeseitigung durch kommunale Unternehmen

Unter besonderer Berücksichtigung der Anstalt des öffentlichen Rechts, zugleich ein Beitrag zur Rechtsformenwahldiskussion, v. Dr. Ralf Gruneberg, Das Recht der Wasser- und Entsorgungswirtschaft, RWW Heft 32, 409 S., kart. 98 Euro, 2007. XVIII, ISBN 3-452-26619-4



Das Buch leistet einen Beitrag zur aktuellen Diskussion über die Wahl der Rechtsform für Gesellschaften im Bereich Abwasserentsorgung. Dazu werden die Rechtsgrundlagen und rechtlichen Rahmenbedingungen für die Abwasserentsorgung sowie die gewandelten Anforderungen an eine ordnungsgemäße und schadlose Beseitigung des Abwassers dargestellt. Außerdem werden die Möglichkeiten einer Privatisierung der Abwasserbeseitigung dargestellt. Im Anschluss findet sich ein Überblick über die Abwasserbeseitigung durch kommunale Unternehmen in ihren verschiedenen öffentlich-rechtlichen und privatrechtlichen Organisationsformen im Hinblick auf ihre Eignung für die Abwasserbeseitigung. Den Hauptteil bildet die Untersuchung der Anstalt des öffentlichen Rechts als geeignete Rechtsform für die Abwasserbeseitigung durch kommunale Unternehmen. Auch die Beteiligung Dritter an einer Anstalt des öffentlichen Rechts sowie die vergaberechtliche Beurteilung der Anstalt wird berücksichtigt. Die Darstellung ist geschrieben aus der Sicht des Praktikers. Schließlich hat sich der Autor als Referent beim Verband kommunaler Unternehmen (VKU) sowie beim Verband kommunaler Abfallwirtschaft und Stadtreinigung (VKS) über Jahre hinweg mit dem Abwasserrecht und dem öffentlichen Wirtschaftsrecht beschäftigt.

# Inhalt

61. Jahrgang  
Oktober 2007

Bücher und Medien	4
Nachrichten	5

## Thema Zentren auf dem Land

Interview mit HGF Dr. Bernd Jürgen Schneider	6
--	---

Thomas Verheyen, Maria Theresia Wagener Kompakte Siedlungsentwicklung in der Stadt Emsdetten	7
--	---

Andreas Roters Gebündelte Infrastrukturkonzepte für Schule, Kultur, Sport und Freizeit	10
--	----

Andrea Dittrich-Wesbuer, Katharina Krause-Junk Das Projekt LEAN <sup>2</sup> für mehr fiskalische Transparenz in der Siedlungsentwicklung	13
---	----

Karl-Heinz Wange Profilbildung kleiner Kommunen am Beispiel der Stadt Lichtenau	15
---	----

Klaus Reuter Ökologische Vorteile einer kompakten Siedlungsentwicklung	18
--	----

Margret Linßen Die Stadt Straelen als Zentrum für Obst-, Gemüse- und Blumenvermarktung	20
--	----

Kirsten Kötter Eckpunkte für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung in NRW	22
---	----

Jens Reinhardt NRW-Tag in der Stadt Paderborn	25
--	----

Andreas Kruse, Lothar Riechmann Das Projekt „Anschlussgrad 100 Prozent“ in der Abwasserbeseitigung Hille	27
--	----

Beschlüsse des StGB NRW-Präsidiums vom 30.08.2007	29
--	----

Michael Löher Die Reform der Pflegeversicherung aus Sicht des Deutschen Verbandes	30
---	----

Konrad Bauschinger im Ruhestand	32
---------------------------------	----

IT-News	32
Gericht in Kürze	33

Titelbild: Bad Münstereifel  
Foto: Lehrer

## Zehn Millionen Euro für Schulmilch-Werbung

Kinder und Jugendliche wieder für Milch zu begeistern, ist Ziel eines Pilotprojektes, das im Januar 2008 an 600 Grundschulen in NRW beginnt. Das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz stellt dafür 9,3 Mio. Euro zur Verfügung, das Land NRW steuert 400.000 Euro bei. In dem auf zwei Jahre angelegten Modellvorhaben soll der Milchverbrauch an den Schulen untersucht und es sollen Wege gefunden werden, Kinder und Jugendliche wieder auf den Geschmack eines gesunden Frühstücks mit Milch zu bringen.

## Auch in NRW mehr extreme Wetterlagen

Höhere Temperaturen, schwere Stürme und bis zu 30 Prozent mehr Niederschlag im Winter sind mögliche Folgen des Klimawandels in Nordrhein-Westfalen. Bodenschutz, Wasser-, Land- und Forstwirtschaft werden davon ebenso betroffen sein wie die Bevölkerung. Dies ergab eine Studie, die NRW-Umweltminister Eckhard Uhlenberg vorgestellt hat. Zuverlässige Prognosen über die Auswirkungen des Klimawandels sollen künftig Land- und Forstwirten bei der Planung des Pflanzenanbaus helfen und die Basis für ein neues Hochwasserschutzkonzept bilden. Da Hitzewellen und Stürme häufiger vorkommen werden, will das Umweltministerium auch die Menschen verstärkt über die Risiken des Klimawandels aufklären.

## Günstige Kredite für Aufforstung nach Sturmschäden

Die Europäische Union hat 167 Mio. Euro für die Beseitigung der Schäden durch den Orkan „Kyrill“ bereitgestellt, der im Januar 2007 vor allem in NRW schweren Schaden angerichtet hat. Zur Wiederaufforstung der vom Orkan verwüsteten Flächen können Waldbesitzer in NRW zudem zinsgünstige Kredite aus dem Programm „Wiederbewaldung“ der NRW.Bank beantragen. Wie das Kreditinstitut mitteilte, umfasst das Darlehensprogramm insgesamt 40 Mio. Euro und richtet sich an private wie kommunale Waldbesitzer des Landes. Bis Ende 2010 können Privatpersonen bei allen Banken und Sparkassen ihre Anträge einreichen. Für Kommunen ist die NRW.Bank direkter Ansprechpartner.

## Baubeginn für Solarturmkraftwerk

In der Stadt **Jülich** wurde mit dem Bau eines weltweit einzigartigen Solarturmkraftwerks begonnen. Das knapp 23 Mio. Euro teure Dampfkraftwerk mit einer elektrischen Leistung von 1,5 Megawatt ist mithilfe eines neuartigen Speichers unabhängig von der Sonneneinstrahlung und soll als Versuchs- sowie Demonstrationskraftwerk dienen. Das Gemeinschaftsprojekt der Stadtwerke mit der Stadt und dem Solar-Institut Jülich, der Fachhochschule Aachen, dem Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt e. V. in Köln und den Kraftanlagen München bestätigt die technologische Vorreiterrolle Nordrhein-Westfalens bei

den erneuerbaren Energien. Mit 11,6 Mio. Euro fördern der Bund sowie die Länder NRW und Bayern das Bauvorhaben, das im November 2008 abgeschlossen sein soll.

## Schlechte Getreideernte wegen des Wetters

Der milde Winter, die Trockenheit im Frühjahr mit hohen Temperaturen in April und Mai sowie regional unterschiedlicher Niederschlag während der Wachstums- und Ernteperiode haben den Getreidebauern 2007 rund 14 Prozent weniger Ertrag gebracht als 2006. Wie das NRW-Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik mitteilte, mussten die Landwirte vor allem bei Roggen und Gerste dramatische Ernte-Einbußen hinnehmen. Aber auch Weizen und Triticale konnten nur in geringeren Mengen als 2006 gedroschen werden.

## Kommunalprofile für Städte, Gemeinden und Kreise online

Statistik-Informationen zu Gebiet, Bevölkerung, Bildung, Beschäftigung und weiteren Themengebieten aller Städte, Gemeinden und Kreise in NRW stellt das NRW-Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik im Internet bereit. Die „Kommunalprofile“ enthalten neben einer zweiseitigen Kurzfassung für jede Kommune auch ausführliche Längs- und Querschnittsdaten, die Entwicklungen im Zeitverlauf darstellen und den Vergleich mit anderen Kommunen möglich machen. Die Kommunalprofile sind abrufbar unter der Adresse [www.lids.nrw.de/statistik/datenangebot/regionen](http://www.lids.nrw.de/statistik/datenangebot/regionen).

## „Jedem Kind ein Instrument“ an 200 Schulen gestartet

In 33 Kommunen des Ruhrgebiets ist das Projekt „Jedem Kind ein Instrument“ angelaufen. Nach Angaben der Veranstalter nehmen derzeit etwa 7.200 Kinder an 200 Grundschulen daran teil. Bis 2010 soll allen Erstklässlern im Ruhrgebiet ein Instrument zur Verfügung stehen. Hinter dem auf vier Jahre angelegten Projekt stehen das Land NRW und die Kulturstiftung des Bundes. Unterstützt wird es von den Musikschulen.

## Projekt gegen Rassismus und Demokratieförderung

Seit sechs Jahren arbeitet das Landesjugendamt im Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) mit zahlreichen Kinder- und Jugendprojekten gegen Politikmüdigkeit und Rechtsextremismus. Im neuesten Projekt „Mach mit - das Kinder-Wunschprogramm“ konnten Kinder im Alter von acht bis zwölf Jahren in der Gemeinde **Ostbevern** im Rahmen einer Spielstadt fünf Tage lang ihre Wünsche und Träume äußern. Möglichst früh soll so das Interesse am lokalen Geschehen gefördert und ein Dialog mit Politikern ermöglicht werden. Seit 2001 hat das LWL-Landesjugendamt mit 50.000 Euro jährlich 91 Projekte gefördert.

# „Privat vor Staat‘ darf nicht Dogma werden“

Mit dem Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes NRW Dr. Bernd Jürgen Schneider sprach STÄDTE- UND GEMEINDERAT über die aktuellen kommunalpolitischen Entwicklungen

**STÄDTE- UND GEMEINDERAT:** In Nordrhein-Westfalen ist „Halbzeit“ - jedenfalls was die Amtszeit der Landesregierung angeht. Wie bewerten Sie die zurückliegenden knapp zweieinhalb Jahre aus kommunaler Sicht?

**Dr. Bernd Jürgen Schneider:** Die CDU/FDP-Regierung ist 2005 mit dem Ziel angetreten, die „kommunale Selbstverwaltung zu stärken“. So steht es ausdrücklich im Koalitionsvertrag, den Jürgen Rüttgers und Andreas Pinkwart im Juni 2005 unterzeichnet haben. Und es gibt auch Bereiche, wo sich einiges für die Kommunen und damit für die Menschen in unserem Land getan hat - nicht zuletzt durch unser, durch das beharrliche Eintreten der kommunalen Spitzenverbände für die Belange der Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen. Bei etlichen Reformvorhaben kann man aber so seine Zweifel haben, ob es der Landesregierung wirklich um eine Stärkung der Kommunen geht.

**Können Sie konkrete Beispiele für Ihre Einschätzung geben?**

**Schneider:** Nehmen Sie den neuen § 107 der Gemeindeordnung. Wir werden in Nordrhein-Westfalen das restriktivste Gemeinde-

wirtschaftsrecht in der Bundesrepublik bekommen - mit gravierenden Folgen für die kommunale Daseinsvorsorge. Für unsere Stadtwerke beispielsweise, die ja nicht „nur“ Strom und Gas liefern, sondern auch andere, wichtige Aufgaben erfüllen: den Betrieb von Schwimmbädern etwa zu sozial verträglichen Preisen oder ein leistungsfähiges Nahverkehrsnetz. Das wird in Zukunft sehr viel schwieriger werden. „Privat vor Staat“ ist das Motto dieser Politik. Ein Motto, das vielerorts seine Berechtigung hat - der Staat kann nicht mehr das leisten, was früher selbstverständlich war. „Privat vor Staat“ darf aber nicht zum Dogma werden, das ohne Not funktionierende Strukturen zerstört.

In dieselbe Richtung geht die geplante Änderung des Sparkassenrechts. Die Regierung hat vor, so genanntes Trägerkapital - im Privatrecht würde man „Stammkapital“ sagen - für die Sparkassen einzuführen. Wir haben uns - mit den Sparkassenverbänden und den anderen Mitgliedern der kommunalen Familie - gegen diesen Ansatz ausgesprochen, weil wir darin einen ersten Schritt zu einer Privatisierung der Sparkassen sehen. Die Sparkassen sind der Ansprechpartner der mittelständischen Wirtschaft vor Ort. Ich weiß nicht, ob eine in erster Linie den Inte-

◀ *Individuelle und flexible Betreuung auch für Kinder unter drei Jahren ist ein Ziel des neuen Kinderbildungsgesetzes*

ressen ihrer Aktionäre verpflichtete Bank Handwerker oder Gewerbetreibende so engagiert begleiten kann, wie die gemeinwohlorientierten Sparkassen das heute tun.

**Ein Thema, das viele Menschen in NRW bewegt, ist das neue Kinderbildungsgesetz KiBiz. Bringt dieses „Rückenwind für die frühkindliche Bildung“, wie NRW-Familienminister Armin Laschet meint, oder hat uns die Landesregierung ein „Kuckucksei“ ins Nest gelegt?**

**Schneider:** Das KiBiz ist ein Schritt in die richtige Richtung. Es ist wichtig, dass wir die Betreuungsangebote für unsere Kinder weiterentwickeln. Das ist nicht nur für die Kinder gut, das bringt auch ihren Eltern etwas - nämlich mehr Wahlfreiheit, mehr Chancen, Familie und Beruf besser unter einen Hut zu bringen. Das ist es, was viele Mütter und Väter heute wollen. Für die Kommunen in NRW haben wir in zahlreichen Gesprächen mit den verantwortlichen Ministern - nicht nur Armin Laschet, auch der Finanzminister war in den Gesetzgebungsprozess eingebunden - eine Menge erreicht: Jetzt steht das KiBiz für ein bedarfsgerechtes und flexibles Angebot, das unsere Kinder bestmöglich fördert, die Leistungsfähigkeit der Städte und Gemeinden aber nicht überfordert. Sicher: In einigen Punkten wird die Landesregierung noch nachsteuern müssen, beim Finanzierungsanteil der Eltern etwa. 19 Prozent sind unrealistisch, wenn im Moment gerade einmal 13 Prozent der Kosten durch Elternbeiträge gedeckt werden. Da werden wir dranbleiben. Ich bin aber nach wie vor der Überzeugung, dass sich die bestehenden Probleme am besten im Konsens, also miteinander, nicht gegeneinander lösen lassen.

**Sie sprechen das Verhältnis des StGB NRW zur NRW-Landesregierung an: Hat sich da etwas geändert im Vergleich zur früheren rot-grünen Landesregierung?**

**Schneider:** Ich glaube, sagen zu können: Wir waren und sind ein geschätzter Partner der Politik - unabhängig davon, ob der Ministerpräsident Jürgen Rüttgers, Peer Steinbrück oder Wolfgang Clement heißt. Unsere Stimme hat Gewicht, unsere Argumente finden Gehör - nicht, weil wir am lautesten schreien, sondern weil wir, weil die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Städte- und Gemeindebundes NRW solide Arbeit



◀ *Gefragter Interviewpartner: HGF Dr. Bernd Jürgen Schneider (links) mit Roger Horné bei NRW.TV*

leisten und sich an den entscheidenden Stellen einbringen - nicht nur im Landtag, bei den Abgeordneten aller Fraktionen, sondern auch in den Ministerien und Verwaltungen.

Erfolgreiche Interessenvertretung können Sie nicht vom Schreibtisch aus betreiben. Sie müssen vor Ort sein, das Gespräch mit den Entscheidungsträgern suchen und für Ihre Argumente werben. Das tun wir - tatkräftig unterstützt von unserem Präsidenten Heinz Paus, unserem I. Vizepräsidenten Roland Schäfer und den anderen Mitgliedern unseres Präsidiums und den Organen des Verbandes. Unser gutes Verhältnis zur Politik, über Partei- und Landesgrenzen hinweg, wird auch an den Rednern auf unserem diesjährigen Gemeindegkongress deutlich: Landesinnenminister Dr. Ingo Wolf wird die Festrede halten, Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee über die „nachhaltige europäische Stadt“ sprechen.

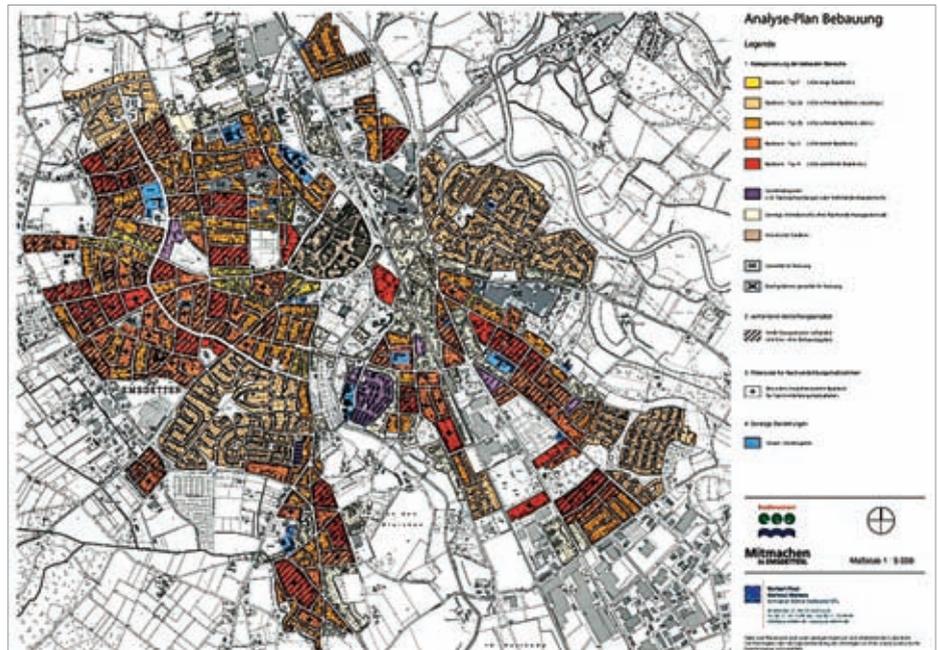
#### Apropos Gemeindegkongress - Was erwartet Delegierte und Gäste am 24. Oktober in Münster?

**Schneider:** Der Gemeindegkongress ist das kommunalpolitische Ereignis in Nordrhein-Westfalen, das Familientreffen der kreisangehörigen Städte und Gemeinden. Bei der letzten Veranstaltung konnten wir mehr als 1.400 Menschen in der Münsterlandhalle begrüßen. Auch in diesem Jahr werden wir unseren Mitgliedern natürlich Rechenschaft über die geleistete Verbandsarbeit ablegen. Wir wollen den Blick aber nicht nur zurück, sondern vor allem nach vorne richten. Die Kommunen in Nordrhein-Westfalen stehen vor großen Herausforderungen. Denken Sie z.B. an den demografischen Wandel, den wir langsam zu spüren beginnen, mit dessen Folgen sich unsere Gesellschaft aber noch viel zu wenig beschäftigt hat. Was heißt Bauleitplanung in einer Zeit sinkender Bevölkerungszahlen, wie gestalten wir unsere Schullandschaft, wenn die Geburtenrate weiter fällt, wie organisieren wir eine älter und gleichzeitig aktiver werdende Gesellschaft? Das sind einige der Fragen, die wir in Münster und in den kommenden Jahren diskutieren werden, auf die wir Antworten finden wollen, weil wir uns nicht zuletzt als Vordenker für die Kommunen in Nordrhein-Westfalen verstehen. Also: Kommen auch Sie am 24. Oktober 2007 nach Münster. Es lohnt sich!

**Herr Dr. Schneider, wir danken Ihnen für dieses Gespräch**

# Innen wohnen - Außen schonen

In der Stadt Emsdetten legt ein neues Konzept zur Flächennutzung große Ausbau-Potenziale im Innenbereich offen und schafft Freiräume für alle



▲ Zugunsten einer stärkeren Binnenentwicklung wurden in der Stadt Emsdetten fünf unterschiedliche Baublock-Typen definiert

Die Stadt Emsdetten liegt als Mittelzentrum mit 36.000 Einwohnern im nördlichen Münsterland zentral im Kreis Steinfurt. Die Stadt ist ein attraktiver Wohn- und Wirtschaftsstandort mit international agierenden Firmen. Sie bietet, als kompakte Stadt mit attraktivem Zentrum, kurze Wege und hohe Erlebnis- und Einkaufsqualität. Vier Faktoren waren Anlass für die Stadt Emsdetten, eine Entwicklung der Binnenpotenziale strategisch im Rahmen eines nachhaltigen Flächenmanagementsystems anzugehen:

1. Vermehrte Nachfragen von Emsdettener Bürgerinnen und Bürgern nach Wohnbauflächen im Innenbereich
2. Hoher Flächenverbrauch insbesondere durch Außenentwicklung
3. Ein demografischer Wandel, der eine Altersstruktur mit vielen Betagten prognostiziert: Der Anteil der über 75-Jährigen nimmt bis 2015 um rund 50 Prozent zu

4. Entgegen dem landesweiten Trend zeigen Prognosen für Emsdetten, dass die Bevölkerung bis zum Jahr 2020 noch ansteigen wird.

In dem Spannungsfeld zwischen der kurzfristigen Erfüllung von Einzelinteressen und dem Wunsch, eine nachhaltige Stadtentwicklung als langfristiges Ziel zu betreiben, musste ein neuer Weg begangen werden. Durch eine qualitätsorientierte Binnenentwicklung sollen die Potenziale der gebauten Stadt genutzt und wertvolle Freiräume er-

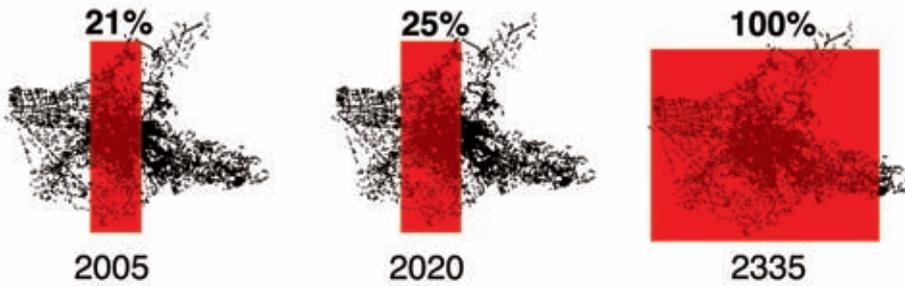


## DIE AUTOREN

**Thomas Verheyen** ist Umweltbeauftragter der Stadt Emsdetten

**Maria Theresia Wagener** ist Fachdienstleiterin Stadtentwicklung und Umwelt der Stadt Emsdetten





▲ Würde die Flächeninanspruchnahme in Emsdetten so weitergehen wie bisher, wäre im Jahre 2335 das komplette Stadtgebiet bebaut

halten, entwickelt und vernetzt werden. Langfristig wird erwartet, dass der kommunale Haushalt durch eine bessere Auslastung der vorhandenen Infrastruktur entlastet wird und weniger neue Infrastrukturen aufgebaut werden müssen.

### MEHR WOHNRAUM IM ZENTRUM

Auf die Anforderung des demografischen Wandels soll durch besondere innenstadtnahe Wohnraumpotenziale für ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger und Familien eingegangen werden. Der Rat der Stadt Emsdetten beauftragte im Herbst 2005 die Verwaltung, ein Konzept zur Binnenentwicklung zu erarbeiten. Seit Oktober 2005 erfolgt die Bearbeitung dieses Themas im Rahmen des Projektes „Flächenmanagement als partizipativer Prozess einer nachhaltigen Stadtentwicklung“, das vom Land Nordrhein-Westfalen gefördert wird.

Emsdetten ist neben Arnsberg, Bottrop, Minden eine von vier Modellkommunen. Zusammen mit dem Projektinitiator der Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW stellte die Stadt Emsdetten einen Fahrplan zur weiteren Erarbeitung eines Konzeptes zur Binnenentwicklung auf. Wichtig war hierbei insbesondere das Miteinander von Bürgerinnen und Bürgern, Politik und Verwaltung.

Zur Verwirklichung der stadtinternen Zielsetzungen wurde eine Aufbauorganisation etabliert, die sich aus einem projektbegleitenden Modellbeirat mit Bürgermeister, Beigeordnetem, Fachdienstleiterinnen und Fachdienstleitern, Ratsmitgliedern aller Fraktionen, Projektkoordinator und Bürgerinnen und Bürgern des in Emsdetten etablierten Stadtmachen!-Prozesses zusammensetzte. Begleitet wurde der Modellbeirat durch die LAG 21 NRW und das beauftragte Architektur- und Planungsbüro aus Dortmund.

Weiterhin konstituierte sich ein verwaltungsinternes Stadtteam aus unterschiedli-

chen Fachdiensten, um flächenrelevante Querschnittsthemen zu diskutieren. Ein Kernteam steuerte den Prozessverlauf aus fachlicher Sicht. Im Projektverlauf fanden sich zudem interessierte Bürgerinnen und Bürger zu speziellen Fragestellungen der Binnenentwicklung in Arbeitsgruppen zusammen.

### STÄRKEN- UND SCHWÄCHENPROFIL

Die erste Stufe des Projektes begann im Oktober 2005. Zuerst erfolgte die Erarbeitung eines Stärken- und Schwächen-Profiles (SWOT-Analyse) zur Binnenentwicklung. Es folgten die thematische Schwerpunktsetzung und eine erste Kartierung der Potenziale der Binnenentwicklung im gesamten Stadtgebiet. Eine öffentlichkeitswirksame Auftaktveranstaltung mit rund 100 Bürgerinnen und Bürgern verfolgte das Ziel, einer breiten Öffentlichkeit die Projektziele vorzustellen und gleichzeitig über die Auswirkungen des demografischen Wandels sowie die baulichen Möglichkeiten der Binnenentwicklung zu informieren.

In einer Zukunftswerkstatt zu unterschiedlichen Themenbereichen der Binnenentwicklung „Grünes Emsdetten“, „Familiengerechtes Emsdetten“, „Seniorengerechtes Emsdetten“ konnten über 120 Ziele, Maßnahmen und Projekte einer nachhaltigen Stadtentwicklung gesammelt werden. Aus den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Auftaktveranstaltung gründeten sich zwei Arbeitskreise. Auf der Basis von Leitzielen, die der Modellbeirat für die Binnenentwicklung formulierte, konkretisierten diese Arbeitskreise Teilziele und Maßnahmen zu spezifischen Fragen der Binnenentwicklung.

Die Ergebnisse der unterschiedlichen Arbeitsebenen wurden im Orientierungsrahmen des Flächenmanagementsystems zusammengetragen. Ein zeitliches Handlungskonzept definierte zudem die Umsetzung kurz-, mittel- und langfristiger Ziele.

Dieser Orientierungsrahmen ist Grundlage für ein strategisches Handlungskonzept, das durch das „Handbuch zur Binnenentwicklung Emsdetten“, erarbeitet vom Architektur- und Planungsbüro, für die Bereiche Bebauung, Freiraum und Umnutzung qualifiziert wird.

### LEITZIELE FESTGELEGT

In Emsdetten ist es unter großer bürgerschaftlicher Beteiligung gelungen, als Ausgangspunkt für die Umsetzung eines nachhaltigen Flächenmanagementsystems einen Orientierungsrahmen für die Binnenentwicklung zu erarbeiten, der wesentliche Schritte zu einer ressourcenschonenden und qualitativ hochwertigen Stadtentwicklung beschreibt. Folgende Leitziele und Ziele wurden für den Orientierungsrahmen zur Binnenentwicklung in Emsdetten formuliert:

Leitziel: Qualitative Weiterentwicklung im Bestand

- Angepasste Ausnutzung der Potenziale im Bestand
- Neue Wohnformen und intergeneratives Wohnen fördern

Leitziel: Qualitative Weiterentwicklung des Freiraums

- Angebot zentraler Freiraumbereiche wird erhalten und ausgebaut
- Öffentliche Grünstrukturen sind ökologisch vernetzt
- Der ökologische Wert des privaten Freiraums wird gesteigert

Leitziel: Konsensorientierte Planungsverfahren

- Stadt als Ideengeberin und Beraterin stärken
- Konsensorientierten Planungsverfahren Vorrang geben

Für die hier aufgeführten Leitziele und Ziele werden im Orientierungsrahmen Ziele, einzelne Maßnahmen und Projekte beschrieben, deren Umsetzung sich an einem zeitlichen Ablaufplan über mehrere Jahre orientiert. Es wird unterschieden zwischen kurzfristigen (bis zu einem Jahr), mittelfristigen (bis zu drei Jahren) und langfristigen (mehr als drei Jahre) Maßnahmen. Eine kurzfristige Maßnahme ist beispielsweise das Freiflächenentwicklungskonzept, das zurzeit der Politik zur Beratung vorliegt. Weiterhin wurden zur Berichterstattung für

wesentliche Ziele Indikatoren definiert, die ein transparentes Controlling der Umsetzung ermöglichen.

Qualifiziert wird der Orientierungsrahmen durch das „Handbuch zur Binnenentwicklung Emsdetten“, das durch das Planungsbüro erarbeitet wurde. Somit bestehen für die Umsetzung der einzelnen Ziele grundlegende Daten und konkrete Handlungsanweisungen für einzelne Baublöcke im Stadtgebiet. Zudem werden im Handbuch konkrete Verfahrensschritte für eine konsensorientierte Planung vorgeschlagen. Durch die Analysen konnten in Emsdetten fünf unterschiedliche Typen von Baublöcken („Der enge Baublock“, „Der schmale Baublock/neuzeitlich“, „Der schmale Baublock/älter“, „Der breite Baublock“, „Der überbreite Baublock“) katalogisiert und in einer Analyse-Karte zusammengefasst werden.

## 20 HEKTAR ENTWICKLUNGSPOTENZIAL

Als Ergebnis der Analysen ließen sich größere Nachverdichtungspotenziale in zwei Baublock-Typen feststellen, die sich durch Grundstücksgrößen von 800 bis 1.200 Quadratmetern auszeichnen und vorwiegend in den 1920er/1930er-Jahren und der Nachkriegszeit entstanden sind. Zusätzlich werden Potenziale für die Entwicklung von Baulücken, Flachdachsiedlungen und freiraumbezogene Möglichkeiten der Binnenentwicklung aufgezeigt.

Für eine Priorisierung der Entwicklung der Potenziale wurden Kriterien festgelegt. Danach sollten Schlüsselgrundstücke für die Erschließung eines Blockinnenbereichs vorhanden sein und eine gewisse Anzahl von Antragstellern eine Entwicklung verfolgen. Eine Realisierung sollte ferner dort mit Priorität forciert werden, wo entsprechende Infrastruktur-Einrichtungen keinen optimalen Auslastungsgrad aufweisen.

Auch in diesem Jahr wieder ein voller Erfolg: das Bürgermeisterseminar des Städte- und Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen Anfang September auf Schloss Krickenbeck. Fast 60 **Bürgermeisterinnen** und **Bürgermeister** (Foto) informierten sich über aktuelle Fragen aus der kommunalen Praxis. Beim traditionellen Ausklang in der Schlosstenne ergaben sich vielfältige Gelegenheiten zum Erfahrungsaustausch.



Als quantitatives Potenzial der Binnenentwicklung ergeben sich für Nachverdichtungsmöglichkeiten 150 bis 300 Grundstücke. In Baulücken wurden rund 100 Grundstücke ermittelt. Insgesamt steht der Stadt Emsdetten damit ein Binnenentwicklungspotenzial zwischen 12,5 und 20 Hektar zur Verfügung und kann somit einen erheblichen Beitrag zur flächenschonenden Stadtentwicklung leisten. Für die Umsetzung wird ein konsensorientiertes Beteiligungsverfahren, das auf den fünf Grundelementen „Analysieren - Informieren - Motivieren - Moderieren - Regulieren“ beruht, vorgeschlagen.

## UMSETZUNGSPHASE ANGELAUFEN

Seit Oktober 2006 wird das Verfahren anhand der festgelegten Kriterien exemplarisch an einem „Überbreiten Baublock“ (Typ 4) erprobt. Dieser Baublock wurde ausgewählt, weil hier mehrere konkrete Bauanfragen vorlagen und er aufgrund seiner Größe viele städtebauliche Variationsmöglichkeiten bietet. Auch besteht hier die Zuversicht, mit einem guten Beispiel zur Nachahmung anregen zu können.

Auf der Grundlage der Vorentwürfe aus dem Handbuch, wurde noch in 2006 mit den Eigentümerinnen und Eigentümern des

ausgesuchten Baublocks und der Nachbarschaft nach dem konsensorientierten Planungsverfahren das erste Bürgergespräch geführt. Im Winter 2006/2007 erfolgten eine Reihe kleiner Gesprächsrunden und weitere Abstimmungsgespräche mit den Beteiligten. Die Stellungnahmen und Anregungen wurden gesammelt, ausgewertet und flossen in den Entwurf von drei städtebaulichen Varianten ein.

Auf dieser Grundlage erfolgte auch eine erste grobe Ermittlung der Umlegungs- und Erschließungskosten. Im Sommer 2007 wurden diese Ergebnisse in einem zweiten Bürgergespräch vorgestellt und erörtert. Ziel ist es, für diesen ersten Modellbereich im Herbst 2007 mit dem Aufstellungsbeschluss das Bebauungsplanverfahren einzuläuten, um spätestens 2009 Binnenentwicklungsbau land anzubieten.

Nicht unerwähnt sei, dass das bisherige Verfahren einen sehr hohen Zeitaufwand seitens der Verwaltung nach sich gezogen hat. Teilweise gegensätzliche Interessen, Änderung der Meinung von Beteiligten im Laufe der Planung und die Beschränkung auf Eigeninteressen machten einen hohen Personaleinsatz notwendig. Das große Interesse der Bürgerschaft und das Engagement der Beteiligten zeigen aber, dass der kommunale Ressourceneinsatz in diesem Bereich sehr wichtig ist.

## GRÜNFLÄCHEN FÜR ALLE

Um dem weiteren Ziel der Binnenentwicklung, wertvolle Freiräume zu erhalten, zu entwickeln und zu vernetzen, gerecht zu werden, wurde ein weiteres Planungsbüro aus Recklinghausen mit der Erarbeitung eines Freiflächenentwicklungskonzeptes beauftragt. Hierbei wurden besonders der

◀ Die Diskussions-Ergebnisse von vier Instanzen flossen in das räumliche Entwicklungskonzept ein

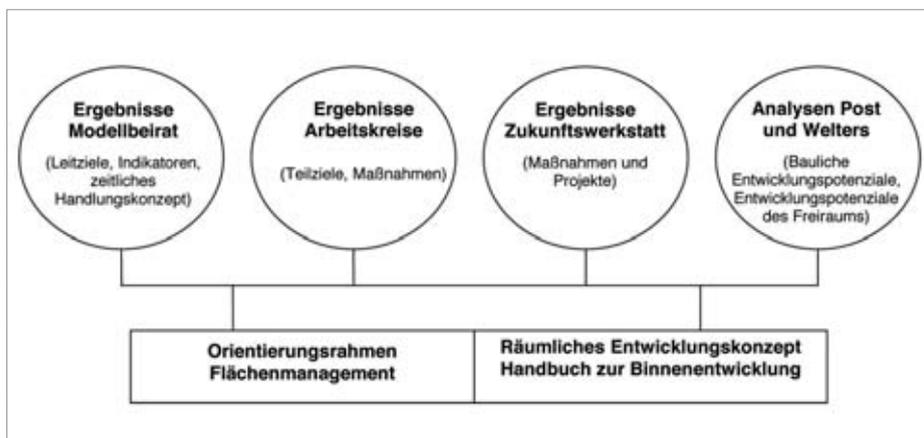


SCHAUBILD: LAG 21 / STADT EMSDETTEN

Stadtraum und seine Ränder in den Focus der Untersuchung genommen.

Mit diesem Konzept soll die dauerhafte Erhaltung und Fortentwicklung des bestehenden attraktiven Wohnstandortes durch die Erarbeitung eines Rahmen gebenden Grün- und Freiflächensystems gefördert werden. Hierbei sollten wertvolle und typische Elemente herausgearbeitet und Maßnahmen für ihre Weiterentwicklung vorgeschlagen werden.

Konkretes Ziel ist es, allen Bürgerinnen und Bürgern in einem 250 m Radius, besonders unter den Aspekten der Familienförderung und des demografischen Wandels, wohnungsnah, fußläufig zu erreichende Grünflächen anzubieten. Ein weiteres Element des Freiflächenentwicklungskonzeptes stellt das Kompensationsflächenkataster dar. In der Verbindung der beiden Themenfelder sollen die Möglichkeiten der verstärkten Kombination der Funktionen „Grün-/Freiflächenversorgung der Bürgerinnen und Bürger“ und „Kompensation von Eingriffen“ ausgelotet werden, um bestehende Synergieeffekte zu nutzen.

Das Freiflächenentwicklungskonzept liegt nun vor und soll im Herbst politisch beraten und beschlossen werden. Zum Jahresende 2007 wird die Modellphase für die Binnenentwicklung in Emsdetten mit der Verabschiedung der Leitlinien und dem Aufstellungsbeschluss zum ersten Modellbereich abgeschlossen sein.

Mit dem ersten Flächenbericht im Jahr 2008 soll dann das Flächenmanagementsystem in Emsdetten implementiert werden und in die täglichen Planungen und Entscheidungen einfließen. Das Modellvorhaben „Flächenmanagement als partizipativer Prozess einer nachhaltigen Stadtentwicklung“ hat in Emsdetten gezeigt, dass auch im ländlichen Raum der schonende und sensible Umgang mit Fläche ein wichtiges Thema in einer zukunftsorientierten Planung einer Kommune darstellt. ●

## LITERATUR

Handbuch zur Binnenentwicklung Emsdetten, Post & Welters, Dortmund 2006

Flächenmanagement als partizipativer Prozess einer nachhaltigen Stadtentwicklung, Dokumentation Phase I und II, LAG 21 NRW, Iserlohn 2006

Freiflächenentwicklungskonzept Emsdetten, Band 1 + 2, Landschaft + Siedlung, Recklinghausen, 2007



FOTOS: STÄDTE-NETZWERK NRW

# Mit neuen Ideen zu lebendigen Zentren

Das Bündeln von Kultur- und Bildungseinrichtungen, aber auch Bürgerengagement für multifunktionelle Läden hilft die Infrastruktur im ländlichen Raum zu sichern

Das Thema „Demografischer Wandel“ steht in den Kommunen aus gutem Grund ganz oben auf der Tagesordnung. Fast alle kommunalen Aufgaben müssen den Veränderungen quantitativ und qualitativ angepasst werden. Die mittlerweile gängige Formel des demografischen Wandels „Weniger - Bunter - Älter“ gilt auch für Städte und Gemeinden im ländlichen Raum.

Allerdings steht zu erwarten, dass - bei aller Unterschiedlichkeit der Entwicklungen in den einzelnen Kommunen - der Rückgang und die Alterung der Bevölkerung von vorherrschender Bedeutung sein wird. Während Kommunen in Ballungsrandbereichen eher von Wanderungsbewegungen profitieren und in der Summe kaum mit Einwohnerverlusten zu rechnen brauchen, müssen vorrangig Gemeinden abseits der großen Zentren massiv von Schrumpfungprozessen ausgehen.

So prognostiziert das NRW-Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik (LDS) etwa für den Hochsauerlandkreis einen Rückgang der Bevölkerung bis 2025 um 12,8 Prozent und für denselben Zeitraum eine Zunahme der Bevölkerungsgruppe ab 65 Jahre um zehn Prozent. Für sieben der 31 Landkreise in Nordrhein-Westfalen prognosti-



## DER AUTOR

Andreas Roters ist Geschäftsführer des Städte-Netzwerks NRW e.V.

ziert das LDS sogar eine Zunahme dieser Bevölkerungsgruppe um mehr als 40 Prozent (vgl. LDS NRW 2006b, S. 9 f., 13).

## WEITE WEGE UNVERMEIDLICH?

Was bedeutet diese Entwicklung für die kulturellen Angebote der Kommunen im ländlichen Raum? Müssen Bibliotheken mangels Nachfrage geschlossen werden? Wird der Weg zu Musikschulen immer weiter, weil deren Existenz nur noch durch die Einbeziehung weiterer Kommunen in den Musikschul-Zweckverband gesichert werden kann? Wie kann die Zugänglichkeit der Einrichtungen auch für Menschen gesichert oder verbessert werden, deren Mobilität eingeschränkt ist?

An zwei Beispielen lässt sich verdeutlichen, dass die Kommunen durchaus Handlungsmöglichkeiten haben. Das DORV-Projekt in Jülich-Barmen illustriert die Möglichkeiten einer ebenso gewöhnungsbedürftigen wie plausiblen Bündelung verschiedener Ver-

◀ Seit vor drei Jahren das DORV-Zentrum eröffnet wurde, scheint der Jülicher Ortsteil Barmen zu neuem Leben erweckt

sorgungs- und Dienstleistungen in einem Dorf. Das Projekt „Interkommunale Bibliothek“ zeigt auf, dass mit dem Zusammenschluss durchaus die Chance besteht, die Leistung der Bibliotheken zu verbessern und zu aktualisieren. Von zentraler Bedeutung ist dabei die Einbeziehung engagierter Bürger.

## ORTSCHAFT OHNE LÄDEN

Jeder kennt das Problem, vielleicht sogar aus seinem eigenen Ort: Der kleine Laden, in dem man schon als Kind seine ersten Bonbons erstanden und später seine Einkäufe getätigt hat, hat ein Schild an der Eingangstür „Wir schließen nach langjähriger Tätigkeit unser Geschäft zum ...“. Das Dorf und seine Bewohner haben damit oft nicht nur einen Lebensmittelladen, sondern auch einen wichtigen Wirtschafts- und Kommunikationsmittelpunkt verloren.

Vor einer ähnlichen Situation stand man im Jahr 2001 in Jülich-Barmen. Die Grundversorgung für die Bürger war in allen Bereichen ständig zurückgegangen. Nachdem zuletzt Post und Sparkasse ihre Filialen geschlossen hatten, war der Ort zu einem reinen „Schlafdorf“ verkümmert. Abfinden wollte man sich in Barmen mit dieser Situation aber nicht.

In der Bürgerschaft entstand die Idee, die Wiederherstellung der dörflichen Grundversorgungs-Infrastruktur selbst in die Hand zu nehmen. Rasch war klar, dass man dafür nicht auf bestehende Konzepte zurückgreifen konnte, sondern neue Wege beschreiten und ein gänzlich eigenes Modell entwickeln musste. Dies wurde dann in einem vom Land NRW geförderten Pilot-Projekt in die Tat umgesetzt.

## „DORV“ IN DORF

Basierend auf einem bundesweit einmaligen Drei-Säulen-Modell wurde in Jülich-Barmen das DORV (Dienstleistung Ortsnahe Rundum Versorgung) im Dorf geplant. Grundidee des Modells war die Bündelung verschiedener, bis dahin scheinbar unvereinbarer Versorgungsangebote unter einem Dach. Die drei Säulen sind Grundversorgung - Dienstleistung - Soziale und kulturelle Leistungsangebote. Unter Grundversorgung versteht man in diesem Zusammenhang die Sicherung des

Bedarfs an Gütern des täglichen Gebrauchs, wie zum Beispiel frische Lebensmittel von Landwirten und Lebensmittelhandwerkern aus der Umgebung, Drogeriartikel und alltägliche Gebrauchsmaterialien. Die zweite Säule steht für öffentliche, halböffentliche und private Dienstleistungsangebote. Hier kann man unter anderem Behördengänge erledigen, den Sparkassenservice nutzen, Briefmarken kaufen oder im Reisebüro seinen nächsten Urlaub buchen.

Das soziale und kulturelle Dienstleistungsangebot als dritte Säule umfasst die Vermittlung oder Ableistung einer Reihe von sozialen Hilfen, beispielsweise in den Bereichen Altenpflege, Sozial- und Rentenberatung, Freiwilligendienste und Schwerbehindertenbetreuung. Ticketservice für Kulturveranstaltungen und dezentrale Bibliotheksangebote sind im Aufbau.

## BÜRGER TRAGEN VERANTWORTUNG

Als Partner konnte hier die AWO gewonnen werden. Gerade auch für die älteren Mitbürger des Dorfes stellen die Dienstleistungen eine große Hilfe dar, fallen doch eine Reihe für sie oft mühseliger Wege nach Jülich oder in die Kreisstadt Düren weg. Ideeller Träger des Projektes ist die Bürgergemeinschaft, organisiert im DORV-Trägerverein e.V. Für den geschäftlichen Bereich wurden zusätzlich zwei Firmen gegründet, die DORV-Zentrum G.m.b.H. als Betreiber und die DORV-Partner GBR, welche die Kapitalsammlung für das Projekt organisiert und verwaltet. Durch den Trägerverein und die Kapitalsammlung konnten nahezu alle Bevölkerungskreise in das Projekt eingebunden werden. Mit dem Kauf von Anteilscheinen sind große Teile der Bürgerschaft nicht nur Nutzer, sondern auch Betreiber des Zentrums und nicht zuletzt verantwortlich für die im Ort neu geschaffenen acht Arbeitsplätze.

Zwischen Idee und Umsetzung lagen drei Jahre intensiver Vorbereitungsarbeit, bis das DORV-Zentrum dann am 9. September 2004 mitten im Ort, im Gebäude der alten Sparkasse eröffnet werden

*Mithilfe der Initiative DORV ► will Barmen ein attraktives Dorf bleiben, wo die Menschen keinen Drang verspüren, wegzuziehen*

konnte. Seitdem scheint Barmen zu neuem Leben erweckt. Man sieht wieder Menschen auf den Straßen, mit Taschen und mit Körben, zu Fuß oder mit dem Fahrrad.

## ZENTRUM WIEDERBELEBT

Ob sie sich nun mit frischen Lebensmitteln aus der Region vom Direktvermarkterhof versorgen wollen, eine Reise buchen oder ihren Führerschein an der Ladentheke abholen, alle haben ein Ziel: Das DORV-Zentrum am Escheplatz. Hier haben sich die Bürger des Ortes in Eigenverantwortung und mit viel ehrenamtlichem Einsatz wieder einen lebendigen Dorfmittelpunkt geschaffen und die Lebensqualität in ihrem Dorf erheblich gesteigert.

Doch bei aller Tatkraft brauchen die Kommunen auch Hilfe bei der Umsetzung innovativer Projekte. Als Dienstleistungsagentur von Kommunen für Kommunen unterstützt das Städte-Netzwerk NRW unter dem Dach der kommunalen Spitzenverbände Städte und Gemeinden auf vielfältige Art bei der Weiterentwicklung ihrer öffentlichen sozialen und kulturellen Einrichtungen. Ob Sporteinrichtungen, Bibliotheken, Musikschulen, Kinder-, Jugend und Alteneinrichtungen oder Volkshochschulen - die knappen öffentlichen Kassen wie auch der demografische Wandel erfordern vielerorts ein Umdenken:

- Mit dem Rückgang der Bevölkerung in den Städten ist es sinnvoll, über die Bündelung von Kultur- und Bildungseinrichtungen nachzudenken. Die Verknüpfung von Sport- und Gesundheitseinrichtungen ist eine von vielen Möglichkeiten, neue und attraktive Angebote auch für die wachsende Zahl älterer Menschen zu entwickeln.
- Bibliotheken wie auch andere Einrichtungen



## GOLD FÜR RATINGS

Als eine von acht Städten ist Ratingen beim Bundeswettbewerb „Unsere Stadt blüht auf“ mit der Goldmedaille ausgezeichnet worden. Am 21. August 2007 wurde der Preis in Mainz im ZDF-Fernsehgarten an Bürgermeister **Harald Birkenkamp**

(Foto) verliehen. Die Juroren lobten die neu entstandenen Wohnsiedlungen im Grünen, insbesondere das Grachtenviertel. Die Stadt Bad Sassendorf erhielt bereits zum zweiten Mal nach 2004 die Silbermedaille. Anerkennung fanden auch die Erzieher des Hertener Kindergartens „Abenteuerland“, die mit dem Sonderpreis „Andere begeistern“ des Bundesverbandes Zierpflanzen (BVZ) ausgezeichnet wurden. Der Bundeswettbewerb „Unsere Stadt blüht auf“ ist eine Initiative des Zentralverbandes Gartenbau e.V. (ZVG) in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Städte- und Gemeindebund, dem Deutschen Städtetag und dem Deutschen Tourismusverband e.V.



FOTO: STADT RATINGS

gen müssen sich so umstrukturieren, dass sie stärker als bisher von Menschen mit interkulturellem Hintergrund angenommen werden.

- Die zivilgesellschaftliche Profilierung öffentlicher Einrichtungen bietet die Chance, diese zu Ankerpunkten bürgerschaftlichen Engagements zu entwickeln.

### BIBLIOTHEKEN IM VERBUND

Die Städte Gevelsberg, Hattingen, Schwelm, Witten und Sprockhövel streben die Bündelung ihrer öffentlichen Bibliotheken an. Damit wollen sie diese an moderne Anforderungen anpassen. Auch in Zeiten knapper Kassen sollen die Bürger attraktive Bibliotheken nutzen können.

In einem vom Städte-Netzwerk NRW modellierten mehrstufigen Verfahren unter kontinuierlicher Einbeziehung der Bibliotheken wurde ein Konzept entwickelt, das von den politischen Gremien aller Kommunen Zustimmung erhielt. Die Realisierung des Konzepts befindet sich gegenwärtig noch in der Anfangsphase. Insgesamt werden folgende Ziele angestrebt:

- **Zukunftssicherung:** Die schwierige finanzielle Situation der Kommunen stellt die Zukunft vieler Bibliotheken infrage. Unrealistisch erscheint vor diesem Hintergrund die Modernisierung jeder einzelnen Bibliothek. Schleichende Attraktivitätsverluste bis hin zur Bedeutungslosigkeit drohen. Mit der Bündelung gelingt es, ohne Mehrkosten die vorhandenen Ressourcen effizienter zu nutzen und den Bibliothe-

ken so ihren Platz als öffentliche kulturelle Orte zu sichern. Die Bündelung führt nicht zu einer Degradierung der Bibliotheken zu Zweigstellen. Vielmehr behalten die einzelnen Standorte weitgehend ihre Eigenständigkeit, teilen aber durch die Bildung von Kompetenzzentren Aufgaben untereinander auf.

- **Verbesserte Zugänglichkeit:** Mit der Bündelung der Bibliotheken unter ein rechtliches und organisatorisches Dach brauchen die Nutzer nur noch einen Bibliotheksausweis. Alle Medien werden in einer Datei gespeichert, die via Internet zugänglich ist. Komfortabel kann dann - wer will - von Zuhause aus recherchieren, bestellen, reservieren oder Fristen verlängern. Ohne die Bibliotheks-Öffnungszeiten berücksichtigen zu müssen, können die bestellten Medien auch an zahlreichen Abhol-Stationen in Empfang genommen werden. Auch Menschen mit eingeschränkter Mobilität und Menschen mit wenig Zeit haben dann die Möglichkeit, ihre Bibliothek zu nutzen.
- **Profilierung:** Die Bündelung eröffnet die Möglichkeit zur Profilierung. Alle müssen nicht mehr alles machen. Differenzierung bedeutet mehr Qualität und ein besseres Eingehen auf einzelne Nutzergruppen. Eine Bibliothek in räumlicher Nähe zur Schule beispielsweise lässt sich zur Kinder- und Jugendbibliothek entwickeln, die den Bedürfnissen der Kinder eher gerecht wird und eingebunden ist in das Konzept einer Ganztagsbetreuung. Im Stadtzentrum kann eine Bibliothek zum „Literaturhaus“ mit entsprechenden Leistungen entwickelt werden. Insgesamt wird mit der Bündelung das Ambiente in den Bibliotheken verbessert, was zu einer deutlich höheren Akzeptanz bei den Nutzern führt.

delung das Ambiente in den Bibliotheken verbessert, was zu einer deutlich höheren Akzeptanz bei den Nutzern führt.

- **Bürgerengagement gewinnen:** Viele Menschen - besonders Ältere - haben bei Literatur außerordentlich positive Assoziationen. Die Beschäftigung mit Büchern findet zudem gesellschaftliche Anerkennung - beste Voraussetzungen also, Menschen für eine Beteiligung zu gewinnen.

### UMDENKEN SPART GELD

Mit der Bündelung und Profilierung von Bibliotheken und der bürgernahen Entwicklung der einzelnen Standorte entstehen für interessierte Menschen qualitativ neue Möglichkeiten der Beteiligung und Mitgestaltung. Die Bürger werden ihre Bibliothek neu entdecken und ihre Ideen sowie ihr Engagement einbringen. Eine neue Aufgabe für die Bibliothekare und Bibliothekarinnen wird darin bestehen, Bürger glaubwürdig für eine Beteiligung zu gewinnen. Ausführliche Informationen zum Konzept der „Interkommunalen Bibliothek“ sind beim Städte-Netzwerk NRW erhältlich. Dass sich dieses Umdenken sowohl für Bürger und Bürgerinnen wie auch für den kommunalen Haushalt lohnt, zeigen zahlreiche Beispiele in NRW. Die intelligente Verknüpfung von Schule mit anderen kommunalen Kultur- und Bildungseinrichtungen führt zu mehr Qualität bei geringeren öffentlichen Aufwendungen. Dasselbe gilt beispielsweise für die Überführung eines städtischen Bades in ein Vereins- und Bürgerbad. Damit das Rad nicht immer wieder neu erfunden werden muss, organisiert das Städte-Netzwerk NRW zu allen relevanten Themen den Erfahrungsaustausch zwischen den Städten, berät und begleitet sie bei der Umsetzung vor Ort. Es organisiert Fortbildungen und bietet Exkursionen an. Der Robert-Jungk-Preis, der auch in diesem Jahr wieder gemeinsam mit dem NRW-Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration sowie der Salzburger Robert-Jungk-Stiftung vergeben wird, zeichnet zukunftsweisende Projekte in NRW aus. ●

### KONTAKT

Städte-Netzwerk NRW e.V.  
 Nicolaistr. 3  
 59423 Unna  
 Tel. 02303-9693-11  
 Internet: [www.netzwerk.nrw.de](http://www.netzwerk.nrw.de)  
 E-Mail: [roters@netzwerk.nrw.de](mailto:roters@netzwerk.nrw.de)



◀ Im Rahmen des Projekts LEAN<sup>2</sup> werden die finanziellen Auswirkungen der Siedlungsentwicklung auf den kommunalen Haushalt untersucht

## INFRASTRUKTUR VERALTET

Darüber hinaus sind viele Infrastruktursysteme veraltet. Dies zieht einen hohen Investitionsbedarf nach sich, den die Kommunen in NRW in den kommenden Jahren und Jahrzehnten zusätzlich bewältigen müssen<sup>2</sup>. Die bereits spürbaren oder drohenden Folgen des demografischen Wandels erhöhen den Handlungsdruck für die Kommunen, die Finanzierbarkeit der Siedlungsentwicklung auf den Prüfstand zu stellen. Aber wie wirken sich einzelne Wohnungsbauvorhaben konkret aus? „Rechnet“ sich eine weitere Ausdehnung der Siedlungsfläche auch mittel- und langfristig? Welche geldwerten Unterschiede weisen einzelne Standorte und Bebauungstypen in der Kommune auf? Zur Beurteilung dieser Fragen mangelt es den Planungs- und Entscheidungsträgern vor Ort nicht selten an einer entsprechenden Datengrundlage. Dies gilt für die Nutzensseite, wo bislang vielfach sehr vereinfachte Annahmen über die Auswirkungen von Flächenentwicklung auf den Gemeindehaushalt getroffen werden. Aber auch auf der Ausgabenseite beschränken sich die Betrachtungen häufig auf projektbezogene Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen.

## BESSERE DATENGRUNDLAGE NÖTIG

Einen Beitrag zur Verbesserung der Transparenz will das Verbundprojekt „LEAN<sup>2</sup> - Kommunale Finanzen und nachhaltiges Flächenmanagement“ liefern, das unter Federführung des ILS NRW<sup>3</sup> in der zweiten Jahreshälfte 2006 gestartet wurde und bis Ende 2008 weitergeführt wird. Dies geschieht in Zusammenarbeit mit vier weiteren Partnern - Ingenieurgesellschaft nts mbH, Planersocietät, RWTH Aachen, Universität Dortmund - und insgesamt sechs Beispielkommunen. Kernstück der Arbeiten ist die Entwicklung eines GIS-gestützten Bewertungstools, das den Kommunen die Ermittlung der fiskali-

# LEAN<sup>2</sup> - Baugebiete auf den Prüfstand

Das Projekt LEAN<sup>2</sup> unterstützt mithilfe einer Datenbank und eines GIS-gestützten Bewertungstools die nachhaltige Flächenplanung von Kommunen



## DIE AUTORINNEN

**Andrea Dittrich-Wesbuer** ist wissenschaftliche Mitarbeiterin und Projektleiterin beim ILS NRW in Dortmund



**Katharina Krause-Junk** ist wissenschaftliche Mitarbeiterin beim ILS NRW in Dortmund

Die Fortführung der gegenwärtigen Trends in der Raumentwicklung ist nicht finanzierbar. Mit der Zersiedlung drohen steigende Kosten für den Bau, den Betrieb und den Unterhalt von Infrastrukturanlagen.“ Diese Aussage aus einem Bericht des Schweizerischen Bundesrates stammt bereits aus den 1990er-Jahren<sup>1</sup>. In dieser Zeit steckte man in Deutschland noch in der Wachstumseuphorie der Wendejahre. Die Bautätigkeit - vielfach verbunden mit einer Neuinanspruchnahme von Flächen an den Rändern der Städte und Gemeinden - hatte vielerorts einen neuen Höhepunkt erreicht. Inzwischen führen ungünstige wirtschaftliche Entwicklungen, chronisch lee-

re Haushaltskassen, vor allem aber zurückgehende Bevölkerungszahlen - zunächst im Osten Deutschlands, mittlerweile aber auch im Westen - zu einer verstärkten Beschäftigung mit den fiskalischen Aspekten der Siedlungsentwicklung. In Nordrhein-Westfalen ist die Problemlage dabei sehr heterogen. Schrumpfende Teilräume und Wachstumsgebiete liegen nicht nur regional, sondern auch auf lokaler Ebene nah beieinander.

Mangelnde Flexibilität der technischen und sozialen Infrastruktur und auftretende Sprungkosten sorgen dafür, dass zwar vielerorts die Infrastruktur durch Wohnungsneubau erweitert wird, Kapazitäten an Orten mit Nachfragerückgang aber nicht verringert werden können. Insgesamt ist die Siedlungsentwicklung durch eine fortschreitende Entdichtung gekennzeichnet, was die Chancen für eine ökonomisch effiziente Infrastrukturplanung verschlechtert.



<sup>1</sup> Bundesamt für Raumplanung 1996

<sup>2</sup> vgl. Junkernheinrich/Micosatt 2005

<sup>3</sup> Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung und Bauwesen des Landes Nordrhein-Westfalen

**Junkernheinrich, Martin; Micosatt, Gerhard (2005):** Kommunale Daseinsvorsorge im Ruhrgebiet bei rückläufiger Bevölkerung: einnahmeseitige Handlungsspielräume, aufgabenbezogene Bedarfsverschiebungen, kommunalpolitische Handlungsoptionen. Kommunalverband Ruhrgebiet (Hrsg.), Essen.

**ILS NRW, Planersocietät Dortmund (Hrsg.) (2006):** Kosten und Nutzen zukünftiger Siedlungsentwicklung - Ergebnisse einer Vorstudie zur Grenzkostenbetrachtung. Dortmund. Online verfügbar unter: [www.LEAN2.de](http://www.LEAN2.de).

**Bundesamt für Raumplanung (Hrsg.) (1996):** Bericht des Schweizerischen Bundesrates über die Grundzüge der Raumordnung Schweiz, Bern.

schen Folgen von Wohnbauvorhaben ermöglichen.

Dabei geht es nicht nur um die Ermittlung von Herstellungskosten auf der Ebene des Baugebiets, sondern auch um fundierte Aussagen über die kurz-, mittel- und langfristigen Effekte auf gesamtstädtischer Ebene. Die Betrachtung der Auslastung einzelner Infrastrukturen und der kommunalen Einnahmen sowie Ausgaben im Zeitverlauf wird unter anderem durch die Verknüpfung mit einem kleinräumigen Bevölkerungsmodell ermöglicht.

Um eine realitätsnahe Abbildung der entstehenden Kosten und Nutzen zu erreichen und gleichzeitig den Eingabeaufwand der Kommunen überschaubar zu halten, werden in das Bewertungstool eine Reihe von Kennwerten und Berechnungsfaktoren zur Auswahl eingespeist. Eine wichtige Grundlage für die Ermittlung dieser Werte ist die

Betrachtung von Beispielfällen aktueller Wohnungsbauvorhaben.

### BEBAUUNGSPLÄNE ANALYSIERT

In einer Projektdatenbank werden laufend Bebauungspläne sowie Vorhaben- und Erschließungspläne auf Informationen über die spezifische Flächennutzung, die Einwohnerstruktur und Kosten der Vorhaben überprüft und für die Öffentliche Hand ausgewertet. In diese etwa 500 Beispiele umfassende Sammlung sind auch die Ergebnisse von Vorstudien und weiteren Forschungsarbeiten eingeflossen<sup>4</sup>.

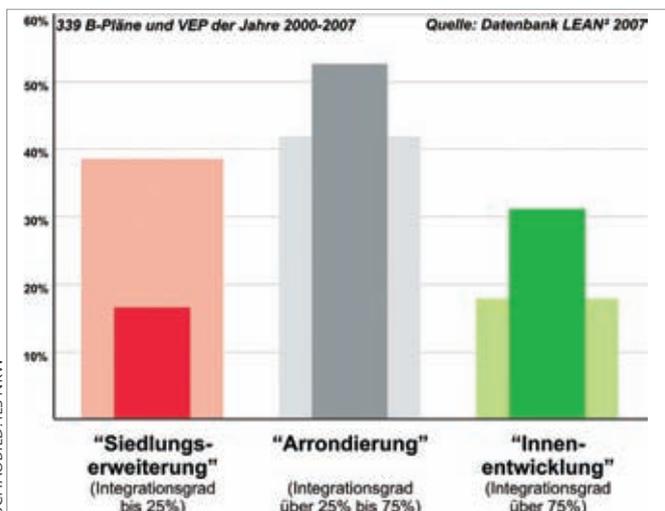
Die Projektdatenbank ermöglicht einen Einblick in die derzeitigen Schwerpunkte der Siedlungsplanungen in den Kommunen. Deutlich wird dabei unter anderem, dass in der kommunalen Praxis überwiegend kleine und mittlere Vorhaben bis 50 Wohneinheiten realisiert werden. Bezogen auf die Einpassung der Vorhaben in den Siedlungsbestand sind schwach integrierte Vorhaben insgesamt in der Minderheit. Allerdings zeigt sich, dass diese Projekte immer noch überproportional Fläche in Anspruch nehmen. Dies ist auf die größere Ausdehnung, aber auch die geringere Dichte dieser Gebiete zurückzuführen.

Die Bebauungsdichte ist gleichzeitig ein wichtiger Parameter für den Herstellungsaufwand von Wohnprojekten. Je lockerer die Bebauung, desto mehr Erschließungsflächen werden benötigt. Dies schlägt sich erwartungsgemäß auch in den Herstellungskosten nieder. Allerdings zeigen die Analysen hier, dass spezifische Gegebenheiten wie Vornutzung, bautechnische Restriktionen der Fläche und Standards der Erschließung das Ergebnis stark beeinflussen.

### DICHTE VERSUS KOSTEN

Ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen Dichte und Integrationsgrad von Gebieten sowie den Kosten der Entwicklung lässt sich deshalb im

◀ Erweiterung locker bebauter Siedlungen verursacht den größten Flächenbedarf



▲ Wettbewerb um Einwohner prägt weiterhin vielerorts die Siedlungsentwicklung

Einzelfall nicht immer herstellen. Dies bestätigt die Vorgehensweise des Projektes LEAN<sup>2</sup>, die auf eine differenzierte Betrachtung des Einzelfalles und seiner spezifischen Rahmenbedingungen in der Kommune ausgerichtet ist.

Zu den einzelfallbezogenen Besonderheiten gehört auch das jeweilige Umsetzungsmodell der Wohnungsbauvorhaben. So eröffnen aktive Formen der Baulandentwicklung wie vertragliche Lösungen oder der Zwischenerwerb einen Spielraum, kommunale Kostenbelastungen insbesondere im Bereich der Herstellungskosten zu minimieren und Investoren sowie private Haushalte stärker in die finanzielle Verantwortung zu nehmen.

Die Praxis in den Beispielkommunen von LEAN<sup>2</sup> zeigt, dass dies - mit großen Unterschieden zwischen einzelnen Projekten und Gemeinden - bislang vor allem bei den Herstellungskosten wahrgenommen wird. Die Kalkulation der entstehenden Kosten, insbesondere im Bereich der bislang weniger berücksichtigten Folgekosten, wird von den Kommunen als ein mögliches Anwendungsgebiet für das Berechnungstool in LEAN<sup>2</sup> gesehen.

### FLÄCHENPOLITIK EINGLEISIG

Trotz wachsender Akzeptanz für eine sparsame Flächenpolitik versuchen viele Städte und Gemeinden weiterhin, ihre Einnahmen über eine aktive Baulandentwicklung zu steigern, weil Steuern eine wesentliche Einnahmequelle für die Gemeinden darstellen. Allerdings ist die verbreitete Ansicht, Bau-

<sup>4</sup> vgl. Planersocietät/ILS NRW 2006

gebiete würden sich „immer lohnen“, sicherlich zu pauschal.

Dies nicht nur wegen mangelnder Betrachtung der entstehenden Kosten. Vielmehr folgt der Nutzen nicht zuletzt den Mechanismen des kommunalen Finanzausgleichs, dessen Ergebnis von verschiedenen, sich gegenseitig beeinflussenden Stellgrößen und spezifischen Ausgangsbedingungen der jeweiligen Kommune abhängt. Wie die Fallbeispiele in LEAN<sup>2</sup> bestätigen, ist der Anteil der Zuzügler dabei eine entscheidende Größe. Je höher die angenommene Zuzugsquote, desto höher die ermittelten Einnahmen pro Einwohner.

Sind also aus anderen Gemeinden abgeworbene Einwohner und damit eine „aggressive Baulandpolitik“ besonders wertvoll? Diese Sichtweise vernachlässigt, dass der innergemeindliche Umzug eines Haushaltes auch als verhinderte Abwanderung gewertet werden kann und Einnahmeverluste damit vermieden werden. Zudem wird durch einen Umzug in der Regel Wohnraum an anderer Stelle im Gemeindegebiet frei, was wiederum Zuzüge auslösen kann.

#### RATIONELLES VORGEHEN GEFRAGT

Das Beispiel des „Wettbewerbs um Einwohner“ bei der Baulandausweisung verdeutlicht die Problematik zu kurz gegriffener Betrachtungen, die es in der Verwendung des Bewertungstools und seiner Ergebnisse insgesamt zu vermeiden gilt. Dabei müssen nicht nur die Kosten- und Nutzenbetrachtung sorgfältig gegeneinander abgewogen werden.

Auch weitere wichtige Argumente in der Flächenentwicklung - etwa die Schaffung besonderer Qualitäten im Wohnungsbau - müssen in den Entscheidungen ausreichend Berücksichtigung finden. Ziel des Projektes ist es insgesamt, zu mehr Rationalität im Planungs- und Abwägungsprozess beizutragen. Dies ist unabhängig vom einzelnen Ergebnis der fiskalischen Betrachtung auf jeden Fall ein Beitrag auf dem Weg zu mehr Nachhaltigkeit in der Flächennutzung.

Unter dem Titel „Lohnt sich Flächensparen? - Kommunale Finanzen und Siedlungsentwicklung“ wird das Projekt LEAN<sup>2</sup> die Ergebnisse der Arbeiten am 7. November 2007 im Rahmen einer Fachtagung vorstellen. Nähere Informationen dazu sowie zum Projekt sind im Internet unter [www.lean2.de](http://www.lean2.de) abrufbar. ●



FOTO: LWL / AXEL THÜNKER

▲ Das europaweit erste Landesmuseum für Klosterkultur im Kloster Dalheim lockt zahlreiche Besucherinnen und Besucher

# Klosterleben und Zukunftsenergien

Mit dem Landesmuseum für Klosterkultur sowie einem Technologiezentrum für Zukunftsenergien und Energieeffizienz betreibt die Stadt Lichtenau aktiv Profilbildung



#### DER AUTOR

Karl-Heinz Wange ist  
Bürgermeister der Stadt  
Lichtenau

**P**rofilbildung als Zukunftssicherung von Städten und Gemeinden - insbesondere kleiner Städte - hat in den vergangenen Jahren kontinuierlich an Bedeutung gewonnen. Städte und Regionen müssen eine zukunftsorientierte Identität finden, um sich im Wettbewerb um neue und alte Einwohner, Investoren, Käufer, Touristen und Besucher zu etablieren. Unerlässlich hierfür ist das Image einer Stadt, das primär von Bekanntheit, Ruf und Ansehen abhängt.

Weiche Standortfaktoren sind der Grundstein der Image- und Profilbildung einer Stadt. Diese können zum Beispiel touristische und kulturelle Angebote von regionaler und überregionaler Bedeutung sein, die sowohl für Besucher und Bewohner einer Stadt oder Gemeinde von besonderem Interesse sind, als auch einer Stadt ein unverwechselbares Profil verleihen. Vor allem kleine Städte und Gemeinden müssen sich im heutigen Wettbewerb ihrer

touristischen Kernkompetenz bewusst werden und versuchen, diese kontinuierlich nach innen und außen zu kommunizieren.

Aus diesem Grund hat die Stadt Lichtenau in Westfalen unter anderem den Tourismus - insbesondere den Kulturtourismus - als Handlungsfeld in ihre lokalen und regionalen Entwicklungsstrategien einbezogen. Seit 2002 besitzt die Stadt ein ganzheitliches touristisches Leitbild, das unter fachlicher Moderation gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt erarbeitet wurde und die gesamten 15 Dörfer der Stadt einbezieht. Vor allem das neue Landesmuseum für Klosterkultur in Lichtenau-Dalheim sowie das erste Technologiezentrum für Zukunftsenergien im Ortskern Lichtenau haben sich als Alleinstellungsmerkmale für die Profilbildung der Stadt und der Region herauskristallisiert.

#### EINBLICK IN MÖNCHSALLTAG

In dem ehemaligen Augustiner-Chorherrenkloster Dalheim eröffnete der Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) am 22. Mai 2007 das erste Landesmuseum für Klosterkultur. Hierbei hat der LWL im Kloster Dalheim ein



▲ Bürgermeister Karl-Heinz Wange (links) lässt sich von Mitgliedern der Projektgruppe das Modell des Energiedorfes erklären

europaweit einzigartiges museales Konzept verwirklicht, das die Bedeutung der monastischen Kultur und ihre enge Verbindung mit der allgemeinen Geschichte der Region thematisiert.

Klösterliches Leben und Kultur wird hier erstmalig in einem größeren Kontext in klösterlichem Gemäuer dargestellt. In einem ersten Bauabschnitt wurde der barocke Ehrenhof restauriert und erstrahlt nunmehr im neuen Glanz. Im ehemaligen West- und Gästeflügel des Klosters entstanden neue Ausstellungsräume, wo bedeutsame und wertvolle Exponate ihren Platz gefunden haben.

Das ganze Jahr über geben Dauer- und Sonderausstellungen einen Einblick in die Geschichte des klösterlichen Lebens. Dalheim ist jedoch nicht nur Geschichtsort und Museum, sondern auch lebendiges Zentrum vielfältiger kultureller Veranstaltungen. Alte Musik, Gregorianische Gesänge, Jazz - die Dalheimer Musikveranstaltungen mit Konzerten im Neuen Schafstall und in der Klosterkirche sind von überregionaler Bedeutung. Vor allem das Festival „Dalheimer Sommer“ alljährlich im August hat sich zu einem der wichtigsten Kulturfeste Ostwestfalens entwickelt.

## NATUR ALS ERLEBNIS

Ferner lassen die beeindruckende Lage des Klosters am Fuße des Eggegebirges, umgeben von weiten Feldern und ausgedehnten Waldgebieten, den Ort für Einheimische und Besucher zu einem besonderen Natur- und Kulturerlebnis werden. Diese Naturlandschaft spricht für das ganze Stadtgebiet Lichtenaus mit seinen 15 Dörfern.

Die Mischung dieser Faktoren macht Kloster Dalheim zu einem touristischen Kernangebot, das als eine Art Leuchtturm weit über die Stadt- und Regionsgrenzen hinaus strahlt. Dies wirkt sich bereits jetzt positiv auf das Image und den Bekanntheitsgrad der Stadt Lichtenau aus und ist ein wichtiger weicher Standortfaktor.

Das Kloster Dalheim ist zwar ein Alleinstellungsmerkmal, steht jedoch nicht allein in der Region. Die Region zeichnet sich durch ein reiches monastisches Erbe sowie durch das noch sehr lebendige und vielgestaltige Klosterleben aus. Mit 41 Klöstern präsentiert sich die „Klosterregion - EXPOProjekt 2000“ der Kreise Höxter und Paderborn sowie des LWL ebenso vielfältig wie wirkungskräftig. Ein solches Schwerpunktthema lässt sich im regionalen Kontext gut vermarkten. Hier wird das neue LWL-Landesmuseum für Klosterkultur eine Schlüsselfunktion einnehmen.

## EUROPÄISCHES GARTEN-NETZWERK

Des Weiteren ist Kloster Dalheim mit seinen eindrucksvollen Gärten aufgenommen in das Europäische Netzwerk „European Garden Heritage Network“ und ist Bestandteil der „Garten\_Landschaft OstWestfalenLippe“, die zu einem Markenzeichen der Region OWL geworden ist. Regionale Zusammenarbeit und internationale Netzwerke durch das Kloster Dalheim bedeuten für den Tourismus der Stadt Lichtenau einen Imagegewinn und eine Stärkung des eigenen Profils.

Bereits im Jahre 2003 errichtete die Stadt Lichtenau in Zusammenarbeit mit dem LWL eine Touristik-Information vor den Toren des Klosters mit dem Ziel, die Besucher zu den Sehenswürdigkeiten im Stadtgebiet von Lichtenau wie auch in der Region zu lenken. Durch die Eröffnung des Museums im Mai 2007 erwarten die Stiftung Kloster Dalheim und die Stadt Lichtenau einen erheblichen Zuwachs an Tagestouristen und langfristig auch eine Steigerung der Übernachtungszahlen. Um jedoch die Bewohner des derzeit 191 Einwohner zählenden Dorfes Dalheim auf die steigenden Besucherzahlen vorzubereiten, arbeitet die Stadt Lichtenau gemeinsam mit den Bürgern des

*Solkollektoren und Photovoltaikanlagen auf den Dächern vieler Häuser tragen zum Image Lichtenaus als „Energistadt“ bei*

Ortsteils sowie mit der Stiftung Kloster Dalheim ein optimal angepasstes Sanierungskonzept aus.

Neben dem kulturellen und Tradition wahrenen Aspekt spielt der technologische Aspekt im Bereich der Zukunftsenergien eine bedeutende Rolle bei der Profilbildung der Stadt Lichtenau. Das Bestreben der Stadt Lichtenau ist es auch, das Image als „Energistadt Lichtenau“ weiter auszubauen und über Fachkreise hinaus bekannt zu machen.

## STANDORT FÜR WINDPARK

Bereits früh profitierte die Stadt Lichtenau vom Boom der regenerativen Energien. Ab 1996/97 entstand im Stadtgebiet von Lichtenau der damals größte Binnenwindpark Europas. Vor dem Hintergrund dieses wachsenden Marktes wurde vor Ort entschieden, dass ein Technologiezentrum für Zukunftsenergien Lichtenau GmbH (TZL) entstehen sollte.

Während der Realisierungsphase des Zentrums - ein Private-Public-Partnership-Projekt mit einem Anteil von 52 Prozent bei der Stadt Lichtenau und 48 Prozent bei einem privaten Investor - wurde klar, dass daraus ein Netzwerk entsteht. Dieses bestünde aus Technologiezentren überall in der Welt, zwischen denen Wissen ausgetauscht sowie Zusammenarbeit gepflegt wird und somit Synergien entstehen können.

Planungen und Gespräche für Technologiezentren laufen derzeit in Frankreich, Portugal, der Schweiz, Tschechien, Russland und Kasachstan. In Frankreich beispielsweise ist der Weg frei für den Bau eines eigenen Technologiezentrums. Durch die Spezialisierung auf Zukunftsenergien und durch die Internationalisierung in diesem Bereich ist die Stadt Lichtenau auf dem besten Weg, als Energistadt nach innen und außen aufzutreten und wahrgenommen zu werden.



## PROFIL ZUKUNFTSENERGIEN

Ob Photovoltaik, Geothermie oder Windkraft, ob Planung, Messtechnik, Qualitätsmanagement, Erstellung von Potenzialstudien für Windkraft oder EDV-gesteuerte Abrechnung einzelner Anlagen - im TZL spiegelt sich die Bandbreite der Arbeitsmöglichkeiten im Bereich neuer Energien wider. Aber auch das neu gegründete Institut für energetische Gebäudesanierung Lichtenau (IGL) mit seinem umfassenden Ansatz im Bereich Energieeffizienz oder Beratungsleistungen im Spektrum des Emis-

sionshandels hat im TZL einen Platz gefunden.

Bereits heute ist die Stadt Lichtenau Spitzenreiter in OWL. Mehr als das Vierfache - genau 454 Prozent - des eigenen Strombedarfs wird aus Windenergie erzeugt. Der weitere Ausbau der Zukunftsenergie ist Leitziel zur Festigung der Energiestadt Lichtenau. Im Hinblick auf den demografischen Wandel befasst sich im Rahmen einer Zukunftswerkstatt der Stadt Lichtenau eine Projektgruppe mit dem Thema „Energiestadt Lichtenau“.

Diese entwickelt derzeit Ideen, wie in einem Lichtenauer Dorf ein Pilotprojekt zur

eigenständigen dezentralen und lokalen Strom- und Wärmeversorgung aus erneuerbaren Energien gestartet werden kann. Dies ließe sich später auch auf andere Dörfer der Stadt Lichtenau übertragen. Neben dem Imagegewinn eines solchen Projektes hofft man unter anderem auf einen Standortvorteil im Wettbewerb um neue Bürger.

*Informationen im Internet*

[www.lichtenau.de](http://www.lichtenau.de)

[www.kloster-dalheim.de](http://www.kloster-dalheim.de)

[www.tzl.de](http://www.tzl.de)

# Bad Honnef

## Alexander von Humboldts `Nizza am Rhein`

Eine der schönsten Wohnstädte im Großraum Bonn-Köln am Fuße des Siebengebirges mit vorzüglicher Verkehrsanbindung ist in ein nicht-genehmigungsfähiges Haushaltssicherungskonzept geraten, aus dem die Stadt nur mit Wirtschaftskompetenz und Durchsetzungsvermögen der Verwaltungsspitze zu befreien ist.

Gesucht wird daher für die Bürgermeisterwahl im Herbst 2008 (Dienstantritt 1.12.08) als

## Bürgermeisterkandidat / in

eine Führungspersönlichkeit, die in der Konsolidierung des städtischen Haushalts eine Herausforderung und reizvolle Aufgabe sieht, und die

- mit Wirtschaftskompetenz sowohl Kostenmanagement als auch wachstumsorientierte Wirtschaftsförderung verbindet,
- fundierte Kenntnisse über wirtschaftliche und kommunale Zusammenhänge hat, und wirtschaftliche Notwendigkeiten in Entscheidungsprozesse umsetzt,
- Erfahrungen in der Leitung komplexer Verwaltungsfunktionen in Behörden oder in Unternehmen hat,
- und die Stadtverwaltung auf der Grundlage einer Organisations- und Strukturanalyse zukunftsfähig macht.

Kenntnisse im Verwaltungsrecht sind erwünscht, soziale und kulturelle Kompetenzen Voraussetzung, aber die Prioritäten liegen in Anbetracht der Situation der Stadt auf professioneller Führung mit Sanierungskapazität.

Die Wachstumspotentiale der Stadt müssen zügig erschlossen werden. Bei der Altersstruktur unserer Bevölkerung und den großen Zuzugserwartungen des Wirtschaftsraumes Bonn / Rhein-Sieg / Ahrweiler – einer `Boomregion mit Flair` - ist Wohnungsbau insbesondere für junge Familien eine Priorität. Wohnen im Grünen ist ein Markenzeichen unserer Stadt.

Parteilpolitische Präferenzen sind nachrangig.

Die Stelle in Bad Honnef ( ca. 27.000 Einw. ) wird nach B4 (Wahlbeamte/r) besetzt.

Bitte senden Sie Ihre Bewerbungen bis zum 15.12.07 an:

Initiative Bürgermeister für Bad Honnef

Hans-Joachim Kniebes

Karl-Simrock Str. 24

53604 Bad Honnef

E-mail: buergermeister2008@yahoo.de

Tel. 0179-5343381

Die Initiative wird getragen von: Bürgerblock ( 15,54% ), FDP ( 8,95% ), Freie Wählergemeinschaft ( 6,8% ).

Diese Ergebnisse der Kommunalwahl von 2004 werden wir in Anbetracht der Honnefer Entwicklung 2008/9 deutlich übertreffen.



FOTO: LAG 21NRW E.V.

▲ Täglich werden in Deutschland mehr als 100 Hektar für Straßen und Siedlungen bebaut

# Kompaktes Siedeln schützt Freiflächen

Zentrenbildung durch vorausschauendes Flächenmanagement vermindert Folgekosten und schützt Lebensräume - ein Gewinn in doppelter Hinsicht



## DER AUTOR

Dr. Klaus Reuter ist Geschäftsführer der Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e.V.

Eine nachhaltige Stadtentwicklung ist untrennbar mit dem Schutz der natürlichen Ressourcen verbunden. Neben den Menschen ist die wohl wichtigste kommunale Ressource die Fläche, auf der sich eine Kommune entwickelt. Unbestritten ist, dass der kontinuierliche Flächenverbrauch eines der wichtigsten Umweltprobleme unserer Zeit ist, aber bisher von den verantwortlichen Akteuren immer noch nachrangig behandelt wird.

Die tägliche Inanspruchnahme von Siedlungs- und Verkehrsflächen lag in Deutschland in den vergangenen Jahren unvermindert bei 114 Hektar<sup>1</sup>. Das vom Rat für Nachhaltige Entwicklung vertretene so genannte 30-Hektar-Ziel für einen schonenden Umgang mit der Ressource Fläche ist nicht nur

ökologisch begründet. Es steht in engem Zusammenhang mit den prognostizierten Auswirkungen des demografischen Wandels in den Kommunen, vor allem weil disperse Siedlungsstrukturen bei sinkender Bevölkerungszahl und einem zunehmenden Anteil älterer Personen die Kosten der Infrastruktur erhöhen.

Neben diesen ökonomischen Notwendigkeiten sind es die ökologischen Folgekosten, die ein radikales Umdenken erfordern. Der „Flächenkannibalismus“, der in der Vergangenheit wertvolle landwirtschaftliche Flächen in Einzelhandelszentren umgewandelt hat, geht heute unvermindert über in einen Wettbewerb der Kommunen um junge einkommensstarke Personen, die ihr Eigenheim in den ruhigen Randzonen der Städte errichten und sie damit mittelfristig zerstören.

## FLÄCHENNUTZUNG UNTERSCHIEDLICH

Nordrhein-Westfalen als Flächenland mit 18 Millionen Einwohnern und Einwohnerinnen weist in seinen Kommunen eine große

Spannbreite der Flächenversiegelung auf - von Herne mit einem Anteil von 79,5 Prozent bis Kranenburg mit nur 6,3 Prozent Siedlungs- und Verkehrsfläche. Durchschnittlich 15 Hektar pro Tag werden von NRW-Kommunen beansprucht und somit ihrer natürlichen Bodenfunktion entzogen.

Der Weg zu einer flächenschonenden Stadtentwicklung - NRW hat das Ziel, die Flächeninanspruchnahme bis 2020 um zwei Drittel zu reduzieren<sup>2</sup> - kann nur über ein Umdenken hin zu einer kompakten Siedlungs- und Zentrenbildung gehen. Die ökologischen Vorteile einer solchen Entwicklung sind zwingend. Der Boden selbst ist ein Multitalent, eingebunden in den Wasser- und Nährstoffkreislauf des Naturhaushalts. Er ist durch seine spezifischen Eigenschaften zugleich Abbau-, Ausgleichs- und Aufbaumedium für stoffliche Einträge und trägt somit zum Schutz des Grundwassers bei. An allererster Stelle ist ein natürlicher Boden Lebensgrundlage und Lebensraum für Menschen, Tiere, Pflanzen und Bodenorganismen.

Jede Entscheidung einer Kommune, auf weitere Flächeninanspruchnahme zu verzichten, trägt dazu bei, diese natürlichen Bodenfunktionen zu erhalten. Der Zerschneidung von Landschaften und Landschaftsbildern wird Einhalt geboten, und der unbebaute Blick in die Ferne bleibt nicht in der Erinnerung erhalten. So ist es aktuelles Ziel der Bundesregierung<sup>3</sup>, die Zerschneidung der Landschaft auf ein Mindestmaß zu begrenzen, um das europäische Naturerbe und die biologische Vielfalt zu erhalten. Hierzu müsse ein bundesweites „Wiedervernetzungsangebot“ entwickelt werden, das ein wichtiger Baustein des ländereübergreifenden Biotopverbundes ist.

## ROTE LISTE IMMER LÄNGER

In Nordrhein-Westfalen gibt es nur noch ganze fünf unzerschnittene Landschaftsräume von mehr als 100 Quadratkilometern, die gerade einmal 3,61 Prozent der Landesfläche ausmachen. Eine kompakte Siedlungsentwicklung, die Freiräume enthält, trägt zwangsläufig auch zu einem Biotopschutz bei. Nach der Roten Liste der gefährdeten Biotoptypen<sup>4</sup> sind in Deutschland 72,5 Prozent als gefährdet eingestuft. Die Zahl stark gefährdeter und gefährdeter Biotoptypen

<sup>1</sup> BBR Bonn, 2006

<sup>2</sup> Umweltbericht NRW 2006 (2007): MUNLV NRW

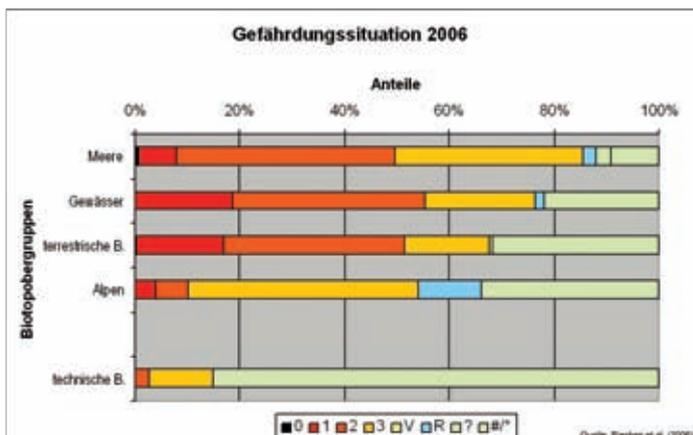
<sup>3</sup> BT-Drucksache 16/6049

<sup>4</sup> Ricken et al. (2006); Rote Liste der gefährdeten Biotoptypen

hat dabei in den zurückliegenden Jahren um zwei bis drei Prozent zugenommen. Dies ist Ausdruck des weiterhin unverminderten Drucks auf Landschaft und Natur. Ein Abbild dieses kritischen Zustands zeigen auch die Roten Listen der Tiere und Pflanzen<sup>5</sup>, bei denen mehr als 40 Prozent der untersuchten Arten in Gefährdungskategorien unterschiedlicher Stufen eingeteilt wurden. Eine zurückhaltende Verdichtung der Böden beugt ferner aus ökologischer Sicht einer wachsenden Hochwassergefahr vor. Nicht nur die aktuellen Klimaszenarien des Intergovernmental Panel on Climate Change<sup>6</sup>, sondern auch regionale Untersuchungen<sup>7</sup> legen nahe, dass Kommunen gut daran tun, vorbeugende Maßnahmen zur Minimierung der Hochwassergefahr zu ergreifen. Die Erhaltung von Überschwemmungs- und Feuchtgebieten sowie die Beachtung einer nachhaltigen Entwässerung respektive Versickerung in neuen Baugebieten sind Pflichtaufgaben für jede Stadtplanung.

#### FRUCHTBARE BÖDEN ERHALTEN

Die bisherige Flächenentwicklung findet auch zulasten landwirtschaftlich genutzter Böden statt. 2004 gingen täglich bundesweit 117 Hektar landwirtschaftlicher Flächen verloren<sup>8</sup>. Dabei sind vom Verdrängungswettbewerb leistungsfähige Böden weitaus häufiger betroffen als Grenzertragsstandorte, da sich Siedlungsschwerpunkte meist in Gebieten mit hoher natürlicher Bodenfruchtbarkeit entwickelt haben. Gerade für die ländlichen Regionen besteht hier eine besondere Verantwortung bei der Ausweisung weiterer Wohnbauflächen und Gewerbestandorten auf der grünen Wiese. Denn nicht nur bundesweit, sondern auch global gesehen ist der Anteil fruchtbarer Böden an der gesamten Landfläche weitgehend ausgeschöpft<sup>9</sup>. Eine auf Nachhaltigkeitskriterien ausgerichtete Siedlungsentwicklung trägt dazu bei,



„Iserlohner Kreisanzeiger“ vom 16.08.2007

PRESSESTIMMEN

## Mahlzeit für einen Euro

### NRW fördert Mittagessen für arme Schulkinder

Von Wilfried Goebels

**DÜSSELDORF.** Kinder aus armen Familien erhalten künftig ein Mittagessen in Ganztagschulen für nur einen Euro. Mit zehn Millionen Euro pro Schuljahr finanziert NRW den Landesfonds „Kein Kind ohne Mahlzeit“. NRW wolle vermeiden, dass Eltern ihr Kind nicht auf der Ganztagschule anmelden, weil sie die Kosten für ein Mittagessen scheuten, sagte Schulministerin Sommer (CDU). Die Kosten für eine Schulumahlzeit würden durch den Zuschuss von durchschnittlich 2,50 Euro auf einen Euro gesenkt.

Die Kommunen haben die Einrichtung des Fonds begrüßt. Sie sollen ebenfalls 50 Cent pro Essen beitragen oder über Sponsoren finanzieren. Der Hauptgeschäftsführer des NRW-Städte- und Gemeindebundes, Schneider, verwies darauf, dass Kinder aus sozial schwachen Familien nicht benachteiligt werden dürften. Mit dem Zuschuss können im Zeitraum von zunächst zwei Jahren rund 50 000 Kinder täglich ein günstiges Mittagessen in NRW erhalten.

Grünen-Fraktionschefin Löhrmann forderte ein kostenfreies Mittagessen für alle armen Kinder.

dass auch der Landschaftsverbrauch durch den Verkehr wesentlich eingeschränkt wird. Eine disperse autoorientierte Siedlungsstruktur nimmt wesentlich mehr Fläche in Anspruch als ein Verbund kleiner, mittlerer und großer Zentren in der Stadtregion. Auf einen Einwohner in Agglomerationsräumen entfallen 391 Quadratmeter Siedlungs- und Verkehrsfläche, in den verstäderten Räumen 632 Quadratmeter und in ländlichen Räumen 848 Quadratmeter<sup>10</sup>.

Die ökologischen Vorteile einer kompakten Siedlungsentwicklung und Zentrenbildung sind somit vielfältig und im Zusammenwirken mit ökonomischen und sozialen Faktoren Grundlage für eine nachhaltige Stadtentwicklung und zukunftsfähige kommunale Daseinsvorsorge. Im Modellprojekt „Flächenmanagement als partizipativer Prozess einer nachhaltigen Stadtentwicklung“<sup>11</sup> der Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e.V., das vom Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbrau-

erschutz (MUNLV NRW) gefördert wird, erarbeiten die Kommunen Arnsberg, Bottrop, Emsdetten und Minden derzeit Handlungsprogramme, um diese ökologischen Vorteile in ihre Stadtentwicklung zu integrieren. Gesteuert über einen kontinuierlichen Verbesserungsprozess mit Indikatoren zum Flächenverbrauch sowie zur demografischen Entwicklung trägt das Flächenmanagementsystem mit unterschiedlichen Schwerpunkten zu einer stets transparenten und flächenschonenden Stadtentwicklung bei. ●

<sup>5</sup> www.bfn.de/o322\_tiere.html

<sup>6</sup> 4. Sachstandsbericht (AR4) des IPCC (2007); Teil II über Klimaänderungen, Auswirkungen, Anpassungsstrategien, Verwundbarkeiten; Kurzzusammenfassung (2007); www.bmu.de

<sup>7</sup> Schwandt, D. (2003): Abflussentwicklung in Teileinzugsgebieten des Rheins - Simulation für den IST-Zustand und für Klimaszenarien; Potsdam Institute for Climate Impact Research (PIK) Report 88

<sup>8</sup> BBR (2006) Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung: Flächenerhebung 2001-2004, www.bbr.bund.de

<sup>9</sup> BT-Drucksache 16/4500, TA-Projekt: Reduzierung der Flächeninanspruchnahme - Ziele, Maßnahmen, Wirkungen

<sup>10</sup> IRS (2004) Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung: Der demografische Wandel und seine Konsequenzen für Wohnungsnachfrage, Städtebau und Flächennutzung

<sup>11</sup> LAG 21 NRW (2006) Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW: Flächenmanagement als partizipativer Prozess einer nachhaltigen Stadtentwicklung, Dokumentation Phase 1 und 2, www.lag21.de

<sup>12</sup> Quelle: Riecken, U., Finck, P., Raths, U., Schröder, E. u. Ssymank, A.: Rote Liste der gefährdeten Biotoptypen Deutschlands, Zweite fortgeschriebene Fassung 2006, in: Heft 34 der BfN-Schriftenreihe „Naturschutz und Biologische Vielfalt, Abb. 14, S. 42: Anteile der verschiedenen Gefährdungsgrade in den einzelnen Biotoptypengruppen

◀ Mehr als 70 Prozent der Biotoptypen in Deutschland sind gefährdet, 40 Prozent der untersuchten Tierarten stehen auf der roten Liste<sup>12</sup>



FOTOS: STADT STRAELEN

▲ Die großen Blumenfelder rund um Straelen sind ein Markenzeichen der Stadt

# Attraktive Insel im Blumenmeer

Gartenbau und Pflanzen-Vermarktung haben die Stadt Straelen am Niederrhein zu einem wichtigen Handelsplatz und einem attraktiven Zentrum auf dem Land gemacht



## DIE AUTORIN

**Margret Linßen** ist Referentin für Öffentlichkeitsarbeit der Stadt Straelen

Immitten eines der größten geschlossenen Gartenanbaugelände Europas liegt die Stadt Straelen am Niederrhein. An den Ortseingängen grüßen den Besucher große Blumenbeete und gepflegte Grünanlagen. Im Umland gedeihen Blumen, Obst und Gemüse im Freiland und unter Glas in Hülle und Fülle. Nicht zuletzt deswegen nennt sich Straelen auch „Bauch der Region“. Die Frage, ob eine Kleinstadt ein „Zentrum auf dem Land“ sein kann, wird in der „Blumen- und Gemüsestadt“ im Kreis Kleve mit einem eindeutigen „Ja“ beantwortet. Ein Großteil der 15.600 Einwohner hier lebt vom Anbau oder der Vermarktung von Blumen oder Gemüse. 14 Prozent der gesamten

Gewächshausfläche Deutschlands befinden sich im Gebiet von Straelen, Geldern und Kervelaer. Der Anteil der landwirtschaftlich genutzten Fläche an der Gesamtfläche der Stadt beträgt 66 Prozent. Nach Erhebungen des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik NRW bauen im Stadtgebiet 313 Betriebe Gartenbauerzeugnisse an. Maßgeblich für den „Zentrumscharakter“ ist die Verkehrsanbindung durch die Autobahnen A 40 in nördlicher und A 61 in südlicher Richtung. Sie motiviert viele Firmen, sich in Straelen niederzulassen. Dazu gehören der Tiefkühlspezialist bofrost\*, die Bonduelle-Frische GmbH, die Carl Kühne KG und die Vermarktungseinrichtung „Landgard“, die sich in kleeblatt-ähnlicher Form in der Region angesiedelt haben. Die „Grüne Couch“, ein überdimensionales Gras-Sofa vor dem Rathaus, und der Slogan „Straelen am Niederrhein - Hier lässt man sich gerne nieder“ symbolisieren die Anziehungskraft der Kleinstadt auf Firmen und

Familien. Diese geht nicht nur vom restaurierten historischen Marktplatz aus, für dessen Sanierung die Stadtväter schon viele Preise eingeheimst haben. Die „Grüne Couch“ vereint all das, was die Stadt am Niederrhein unverwechselbar macht: Modernität, Wohlfühlen, Gemütlichkeit, Raum zum Leben und zur Erholung, Wachstum, Arbeit, Echtheit, Blumen und Gemüse.

## VERSTEIGERUNG MIT TRADITION

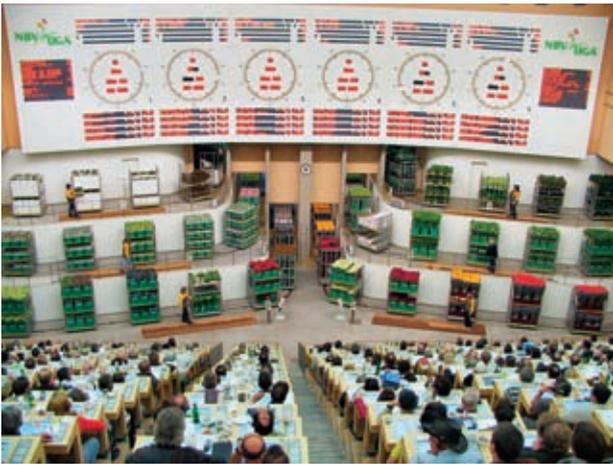
Bereits zu Beginn des 19. Jahrhunderts beobachtete der Straelener Kaufmann Hans Tenhaeff die Gärtner, die ihre Waren in die benachbarten Niederlande schafften, um sie dort an der „Veiling“ zu verkaufen. Nach diesem Vorbild wurde in Straelen 1914 die erste Gemüseversteigerung eröffnet. 1953 folgte dann die Blumenversteigerung. Aus der kleinen „Versteigerung“ wurde die „Zentrale Blumenvermarktung Rhein-Maas“, die zweitgrößte Vermarktungseinrichtung für Blumen und Gemüse in Europa.

Heute firmiert sie unter dem Namen „Landgard eG“ und teilt sich in die Bereiche Blumen & Pflanzen, Topfpflanzen mit Abholmärkten, Schnittblumen, Gärtner und Floristenbedarf sowie Obst & Gemüse auf. Das Unternehmen betreibt Pflanzenabholmärkte in Deutschland, der Tschechischen Republik und Österreich. Der Gesamtumsatz ist im Jahre 2006 um 14 Prozent auf 1,150 Milliarden Euro gestiegen.

An sechs Versteigerungsummern können bis zu 596 Händler aus dem In- und Ausland von Montag bis Freitag Schnitt- und Topfpflanzen kaufen und nebenbei am eigenen Bildschirm die Topfpflanzenauktion in Geldern-Lüllingen beobachten. Angebot und Nachfrage bestimmen den Preis - nicht zuletzt aber auch derjenige, der die Nervenstärke beweist. Denn die Anzeige mit dem vom Auktionator festgesetzten Höchstpreis läuft gegen den Uhrzeigersinn und der Preis für die angebotene Ware sinkt mit der Zeit. Wer also zu hektisch ist und zu früh den Preis per Knopfdruck stoppt, zahlt zuviel.

## NEUES GEWERBEGEBIET

Noch bevor der erste Gärtner bei der „Zentralen Blumenversteigerung Rhein-Maas“ in Straelen-Herongen eine Blume ersteigern konnte, musste das Unternehmen, das damals noch „NBV/UGA“ hieß, umsiedeln. Für die Erhaltung des Betriebs mit etwa 250 Arbeitsplätzen, wurde das neue Gewerbegebiet „Herongen Süd-West“ geschaffen. Auf einem



▲ Blumenhändler aus dem In- und Ausland ersteigern von Montag bis Freitag in Straelen frische Schnitt- und Topfpflanzen aus der Region

Gelände von 115 Hektar, von dem die Blumenversteigerung 60 Hektar beansprucht, konnten außerdem Erweiterungsflächen für die Feinkostproduktion der Carl Kühne KG sowie für weiteres mit dem Gartenbau verbundenes Gewerbe geschaffen werden.

In nur zehn Monaten von der Änderung des Flächennutzungs- und Gebietsentwicklungsplanes bis zur Aufstellung des Bebauungsplanes und Inbetriebnahme der neuen Versteigerungsanlagen nebst Logistikzentrum konnte 2002 der erste Bauabschnitt auf 20 Hektar realisiert werden. Im Februar war die Grundsteinlegung, am 2. Dezember tickte bereits die erste Versteigerungsur. Bei der „Zentralen Blumenversteigerung Rhein-Maas“ arbeiten, je nach Jahreszeit, bis zu 250 Menschen. Insgesamt beschäftigt die Landgard eG etwa 2500 Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen.

„Durch die landwirtschaftlich und gärtnerisch geprägte Infrastruktur ist es naheliegend, dass sich zu einem großen Betrieb ergänzendes und artverwandtes Gewerbe ansiedelt“, kommentiert Bürgermeister Johannes Giesen das Ansiedlungskonzept. „Doch um die Unternehmen auf sich aufmerksam zu machen, bedarf es einer kontinuierlichen und fachlich hochwertigen Wirtschaftsförderung. Fachwissen und soziale Kompetenz gehören hier eindeutig zusammen. Das Zauberwort des Wirtschaftsförderers heißt: Kümmern.“ Ein wichtiger Faktor bei der Ansiedlung von Gewerbe ist der Gewerbesteuer-Hebesatz. In Straelen 310 Prozent.

Erst im Juli hat ein niederländischer Obst- und Gemüsehändler mit dem Bau begonnen. Der Betrieb mit einer Gesamtfläche von 10.000 Quadratmetern wird bis zu 30

neue Arbeitsplätze schaffen. Voraussetzung für den Erwerb eines Gewerbegrundstücks in „Herongen Süd-West“ ist der Nachweis, wie viele Arbeitsplätze mit dem Betrieb verbunden sind.

## BLUMENSTADT ALS ZENTRUM

Auch im Bereich des Einzelhandels ist eine Zentrenbildung zu verzeichnen. Straelen

ist zwar eine verhältnismäßig kleine Stadt, hat aber einen Einzugsbereich von etwa 50.000 Menschen. Dabei spielen die benachbarten Niederlande und die kleinen Nachbargemeinden eine entscheidende Rolle.

Eine Stadt wird zum Zentrum auch durch die Stellung des Einzelhandels. Halten Kaufleute ein umfassendes und preisgünstiges Angebot bereit, entfällt für viele Kunden die Notwendigkeit weiter Fahrten. Stattdessen werden sie zumindest für die Einkäufe des täglichen Bedarfs eher die Nachbarstadt ansteuern - in diesem Fall Straelen. Das wiederum wirkt sich auf die Kaufkraftbindung aus.

Wichtige Faktoren für die Stärkung der Stadt als Zentrum sind außerdem die Verkehrsanbindung und die konsequente Ansiedlung von Einzelhandelsgeschäften in der Innenstadt. Discounter wie Aldi, Kaufland, REWE, Penny, Lidl sind schon in Straelen oder wollen sich dort niederlassen. Entsprechende Ratsbeschlüsse und dazu flankierende Einzelhandelsgutachten unterstützen diese „Marschrichtung“.

## ENGAGEMENT FÜR JUGENDLICHE

Ob sich eine kleine Stadt zum Zentrum entwickelt, hängt auch davon ab, wie sich Rat und Verwaltung für ihre Bürger engagieren. Die Stadt Straelen hat zwar aufgrund ihrer Einwohnerzahl kein eigenes Jugendamt, übernimmt aber viele Aufgaben „großer Städte“ aus diesem Bereich. Vier Jugendeinrichtungen und einen eigenen Schulsozialarbeiter leistet sich die Blumenstadt. Ein Schulzentrum mit Gymnasium, Haupt- und Grundschulen befriedigt auch den An-

*Die Grüne Couch vor dem Rathaus symbolisiert den Slogan „Straelen am Niederrhein - hier lässt man sich gerne nieder“*

spruch auf gehobene Bildung und zieht dadurch entsprechende Zielgruppen an. Auch für seine Events im kulturellen Bereich ist Straelen über die Grenzen der Region hinaus bekannt.

Dass gesunde Ernährung immer mehr an Bedeutung gewinnt, ist nichts Neues. Mit der Konzentration von vier „Obst- und Gemüseriesen“ darf sich Straelen als „Bauch der Region“ bezeichnen. Die Landwirtschaftskammer Rheinland unterhält hier ihr Gartenbauzentrum und die Lehr- und Versuchsanstalt für den Gartenbau. Das Handwerk der „Grünen Branche“ lässt sich in Straelen von der Pike auf lernen und die jungen Menschen können ihre Abschlussprüfungen zum Gärtnergehilfen ablegen.

Traditionell gehört die Region Niederrhein zu den bedeutendsten Standorten im Bereich Agrarwirtschaft und Ernährungsindustrie. Das so genannte Agrobusiness umfasst die gesamte Wertschöpfungskette von Landwirtschaft und Gartenbau einschließlich aller vor- und nachgelagerten Bereiche bis zur Lebensmittelverarbeitung, außerdem die Ernährungswirtschaft mit allen involvierten Bereichen der Logistik, des Tourismus, von Ausbildung und Qualifizierung, wissens- und erfahrungsorientierter Spezialisierung sowie der Bereiche Technologie und Energie. So steht es in den Gutachten „Zukunftsinitiative Kompetenzregion Niederrhein“ (ZIKON) und „Agrobusiness-Region Niederrhein“.

## ERFOLGSKONZEPT AGROBUSINESS

Die Stadt Straelen war auch hier treibende Kraft. Zum Agrobusiness-Arbeitskreis gehören mittlerweile mehr als 20 Partner aus verschiedenen Städten und Institutionen. Erfreulich ist, dass die Zahl der Initiativmitglieder ständig wächst. Anhand eines Gutachtens ist festgestellt worden, dass ein Verbesserungsbedarf bei der Vermarktung



der eigenen Leistungen besteht. Hier will die Initiative „Agrobusiness-Region Niederrhein“ Abhilfe schaffen.

„Jeder Holländer ist ein Kaufmann, aber nicht jeder Kaufmann kann Holländer sein“ lautet ein wahrer Spruch im grenznahen Bereich. Die niederländischen Nachbarn sind uns in vielen Dingen eine Nasenlänge voraus. Sie haben ihr Land in so genannte Cluster (Ballungszentren) aufgeteilt. Bisher gibt es fünf solcher Regionen. Sie beschreiben ein Gebiet, in denen Landwirtschaft und Gartenbau - also die Versorgungseinheiten des Landes - konzentriert sind.

Die Regionen rund um Venlo, und damit auch um Straelen, spielen in den Bereichen Transport, Logistik, Nahrungsmittel und Frischprodukte für die Niederlande, Nordrhein-Westfalen und ganz Europa eine



FOTO: STADT STRAELEN

▲ Lebendige Zentren sichern die Daseinsvorsorge und schonen die Außenbereiche

**FAZIT** Zentren können nicht nur in großen Städten entstehen. Auch auf dem Land ist diese Konzentration möglich. Netzwerke können sich überall bilden. Freilich sind Infrastruktur und Verkehrsanbindung einer Stadt dafür immens wichtig. Einen großen Anteil bilden die „weichen Standortfaktoren“. Dazu gehören insbesondere der persönliche Einsatz der Mitarbeiter einer Stadt und die ständige Kommunikation mit den Unternehmen. Das Gespür für „Zwischentöne“, das Eingehen auf die Personen und der intensive Einsatz sind unverzichtbar - und nicht in Stunden zu bemessen.

Schlüsselrolle. Deshalb haben sich eine Vielzahl von Organisationen, Behörden und Unternehmen zum „Greenport-Venlo“ zusammengeschlossen, um gemeinsam eine „neue Verbindung“, ein Netzwerk, zu bilden. Sie nennen es „Klavertje 4“, das Vierblättrige Kleeblatt.

Die gutnachbarschaftlichen Beziehungen der Stadt Straelen zu ihrer niederländischen Nachbarstadt Venlo machen es möglich, Gespräche über dieses Thema und dessen Umsetzung zu führen. Im Jahre 2012 wird in Venlo, auf einer Fläche von etwa 35 Hektar die größte niederländische Garten- und Landschaftsschau stattfinden, die den Anspruch hat, eine Weltausstellung des Gartenbaus zu sein. Eingebettet darin sind nicht nur Gärten, Blumen und Pflanzen, sondern auch Büros und Firmenniederlassungen. Nach Auskunft des Organisations-teams werden bis zu 2,5 Mio. Besucher erwartet. ●

# Siedlungsentwicklung im neuen LEP 2025

Der demografische Wandel erfordert auf allen Planungsebenen ein Umdenken, weshalb eine zukunftsfähige Siedlungsentwicklung stärker auf Konzentration und Kooperation setzen muss

## DIE AUTORIN

Kirsten Kötter ist Ministerialrätin im Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen, Landesplanungsbehörde

Die Koalitionsvereinbarung von CDU und FDP sieht vor, das Landesentwicklungsprogramm und den Landesentwicklungsplan zusammenzuführen und zu überarbeiten. Im Folgenden werden erste persönliche Überlegungen zu Eckpunkten für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung in NRW vorgestellt. Zwei längerfristige Trends sind dabei für die künftige Raum- und Siedlungsentwicklung maßgeblich: der demografische Wandel - sprich: die Abnahme und die Alterung der Bevölkerung - sowie die anhaltende Zunahme der Siedlungsfläche.

Nach den Berechnungen des NRW-Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik wird die Bevölkerungszahl in Nordrhein-Westfalen bis zum Jahr 2020 noch auf dem

heutigen Niveau verharren, ab 2020 dann aber trotz Zuwanderung abnehmen. Die Altersstruktur der Bevölkerung wird sich schon in den kommenden Jahren zu Ungunsten der jüngeren Generationen verschieben, und die Zahl alter und sehr alter Menschen wird erheblich zunehmen. Allerdings werden die prognostizierten Entwicklungen räumlich und zeitlich in unterschiedlichem Ausmaß und Tempo verlaufen. Während die Bevölkerung in einigen Regionen und Gemeinden voraussichtlich noch bis zum Jahr 2020 wächst, nimmt sie in anderen Regionen und Gemeinden bereits heute ab.

Die Zahl der Haushalte, die für die Wohnflächennachfrage mitbestimmend ist, wird bis zum Jahr 2020 weiter zunehmen - bei gleichzeitiger Verkleinerung der Haushalte. Ab 2020 wird dann auch die Zahl der Haushalte abnehmen. Obwohl die Nachfrage nach Wohnfläche in den kommenden 20 bis 30 Jahren noch steigen wird, wirkt sich die demografische Entwicklung bereits auf die Neuinanspruchnahme von Flächen für Siedlungs- und Verkehrszwecke aus.

Der Grund liegt darin, dass die Generationen der 20- bis 35-Jährigen und der 35- bis 50-Jährigen - also jene Generationen, die in erster Linie als Nachfrager für Einfamilienhäuser in Betracht kommen - zahlenmäßig bereits seit 2001 zurückgehen. Diese potenziellen Nachfrager dürften sich zudem zu einem beträchtlichen Teil aus dem Bestand bedienen. Denn es handelt sich um Generationen, die in einem bisher nicht gekannten Ausmaß Eigenheime und Wohnungen von ihren Eltern und Großeltern erben.

## MEHR SIEDLUNGSFLÄCHE

Im Rückblick wird ein anhaltender Trend zur Ausweitung der Siedlungs- und Verkehrsfläche deutlich, der erst in den zurückliegenden Jahren eine Abschwächung erfahren hat. Neben ökologischen Auswirkungen hat diese Entwicklung auch negative soziale und ökonomische Folgen. Die Abwanderung von überwiegend jungen, besser verdienenden Familien mit Kindern in das Stadtumland kann in den Innenstädten zu einer unausgewogenen Sozialstruktur - Überalterung, hoher Anteil an Singlehaushalten, hoher Anteil an Sozialhilfeempfängern -, rückläufigen Einkommenssteuereinnahmen und zur Minderauslastung vorhandener Infrastruktur führen. Gleichzeitig kann es in den Wachstumsgemeinden notwendig sein, die soziale und technische Infrastruktur auszubauen, was erhöhte Kosten und zusätzliche Flächenbeanspruchung nach sich zieht.

Folglich hat die Bereitstellung attraktiver Baulandangebote für neue Gewerbebetriebe und Einwohner nicht zwingend positive Auswirkungen auf das Gewerbesteuer- und Grundsteueraufkommen der Gemeinden sowie den kommunalen Anteil an der Einkommenssteuer und die Schlüsselzuweisungen der Länder, die teilweise von der Einwohnerzahl abhängen. Die für die einzelne Gemeinde scheinbar profitable Baulandstrategie verkehrt sich in ihr Gegenteil, wenn andere Gemeinden ebenso verfahren. In Anbetracht der teilweise stagnierenden oder sogar rückläufigen Bevölkerungs- und Beschäftigungsentwicklung bedeutet der Ansiedlungserfolg der einen Gemeinde in der Regel Wanderungsverluste für andere Gemeinden in der näheren Umgebung. Die wirtschaftliche Situation in der Region wird dadurch nicht verbessert.

Eine nach außen wettbewerbsfähige Region braucht eine intelligente und effiziente Kooperation nach innen. Angesichts der Herausforderungen des demografischen Wandels wird in Zukunft nicht jede Gemeinde das

*Abwanderung junger Familien aus den Städten in das Umland wird heute auch unter dem Gesichtspunkt „Flächenverbrauch“ gesehen*

„komplette Angebot“ an Standortfaktoren, Infrastruktur und Einrichtungen der Daseinsvorsorge vorhalten können. Daher werden interkommunale Kooperationen und intraregionale Arbeitsteilung immer wichtiger.

## NACHHALTIGES WACHSTUM

Für die Siedlungsentwicklung bedeutet dies, nicht länger Wachstum räumlich zu verteilen, sondern die absehbar rückläufige Entwicklung unter ökonomischen, sozialen und ökologischen Gesichtspunkten nachhaltig zu gestalten. Anzustreben ist eine ausgewogene Raum- und Stadtentwicklung, die den Bedürfnissen der heutigen Generationen gerecht wird, ohne die Entfaltung künftiger Generationen zu beeinträchtigen. Dazu sind die traditionellen ordnungsrechtlichen Instrumente der Landes- und Regionalplanung durch zusätzliche kooperative Strukturen und Instrumente zu ergänzen, die einen regionalen Interessenausgleich ermöglichen.

### Leitbild der dezentralen Konzentration

Das Leitbild der „dezentralen Konzentration“ strebt großräumig eine Dezentralisierung, kleinräumig dagegen eine Konzentration an. Zusammen mit dem Konzept der „Zentralen Orte“ spiegelt es die Siedlungsstruktur in Nordrhein-Westfalen wider. Diese vergleichsweise ausgeglichene Siedlungsstruktur hat sich in der Vergangenheit auch im wachsenden europäischen und weltweiten Wettbewerb als vorteilhaft erwiesen. Angesichts der Auswirkungen des demografischen Wandels, der Erfordernis, die bestehende Infrastruktur effizient zu nutzen, der Notwendigkeit, sparsam mit Flächen umzugehen und des Grundsatzes,



die Leistungsfähigkeit der bestehenden Zentren zu stärken, ist daher die gewachsene Siedlungsstruktur beizubehalten.

### Stadt der kurzen Wege

Anzustreben ist eine Entwicklung, die sich an der „Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt“ vom 24. Mai 2007 orientiert. Die „Europäische Stadt“ zeichnet sich unter anderem durch eine kompakte Bebauung sowie ein Mit- und Nebeneinander unterschiedlicher Nutzungen aus. Kompakte Siedlungsstrukturen sind flächen-, verkehrs- und energiesparend.

Zudem wird durch den demografischen Wandel der Anteil der alten und sehr alten Menschen in den kommenden Jahren stark zunehmen. Diese Bevölkerungsgruppe ist nicht mehr in dem Maße mobil wie Jüngere. Eine kompakte, durchmischte Siedlungsstruktur macht es möglich, dass öffentliche und private Versorgungs- und Dienstleistungseinrichtungen auch für diese Bevölkerungsgruppe erreichbar bleiben.

### Sicherung der Daseinsvorsorge

Durch die Abnahme der Bevölkerung kann es zu Tragfähigkeitsproblemen insbesondere für die Einrichtungen der Daseinsvorsorge kommen. Daher ist als längerfristige Strategie eine stärkere Bündelung der öffentlichen und privaten Versorgungs- und Dienstleistungseinrichtungen bei gleichzeitiger Sicherstellung ihrer Erreichbarkeit erforderlich. Dazu richten die Gemeinden ihre innergemeindliche Entwicklung auf ein abgestuftes System von zentralen Versor-

Anzeige

[www.Kanalgutachter.de](http://www.Kanalgutachter.de)

gungsbereichen - Haupt-, Neben- und Nahversorgungszentren - aus, das sie nach den baurechtlichen Vorschriften selbst festlegen.

### Innen- vor Außenentwicklung

Eine stärkere Innenentwicklung der Gemeinden trägt zur langfristigen Auslastung der Infrastruktur und zur Minimierung der Infrastrukturfolgekosten bei. Die Mobilisierung von Bauflächen für Wohnen und Gewerbe ist in erster Linie Aufgabe der Gemeinden im Rahmen ihrer Selbstverwaltung. Hierzu stehen den Kommunen die Instrumente des Baugesetzbuches zur Verfügung. Zu den Maßnahmen der Innenentwicklung zählen - soweit städtebaulich und ökologisch vertretbar - die Möglichkeiten einer angemessenen Nachverdichtung ebenso wie die Mobilisierung brachliegender Grundstücke. Vor allem Brachflächen von Industrie und Gewerbe, Militär und Bahn stellen ein erhebliches innerstädtisches Flächenpotenzial dar, das es vorrangig auszuschöpfen gilt.

### Außenentwicklung

Allein durch die Strategie der Innenentwicklung wird die Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft mit Bauland nicht in allen Regionen Nordrhein-Westfalens zu verwirklichen sein. Wie bisher wird eine unter städtebaulichen, verkehrlichen und ökologischen Gesichtspunkten vertretbare Ausweisung zusätzlicher Siedlungsbereiche an geeigneten Standorten unverzichtbar sein. Allerdings erfordern der Bevölkerungsrückgang und die Verschärfung der interkommunalen Konkurrenz um Einwohner und Betriebe ein Umdenken.

Der wirtschaftliche Strukturwandel und die Verbilligung der Transportkosten haben zu einer wachsenden Standortunabhängigkeit der Unternehmen geführt. Gemeinden sehen

## PRESSESTIMMEN

„Westfalenpost“ vom 15.08.2007

# „Stadtwerke gefährdet“

## Kommunen und Kreise warnen im Landtag

DÜSSELDORF. (goe) Kommunen und Kreise haben die NRW-Koalition davor gewarnt, die wirtschaftliche Betätigung kommunaler Unternehmen und Stadtwerke gesetzlich auf das Kerngeschäft zu beschränken. Die Pläne zur Reform der Gemeindeordnung würden für viele kommunale Unternehmen mittelfristig eine Gefährdung ihrer

Existenz bedeuten, erklärten Städtetag, Gemeindebund und Landkreistag in einer Anhörung des NRW-Landtags. Probleme bekäme aus Sicht der Städte vor allem Krankenhäuser, Verkehrsbetriebe, Wohnungsunternehmen, Abfall- und Abwasserwirtschaft. Der CDU-Kommunalexperte Rainer Lux wies die Untergangsszenarien zurück.

sich zunehmend einem internationalen Wettbewerb ausgesetzt, dem sie allein aufgrund der eher kleinräumigen Planungs- und Entscheidungsstrukturen nicht gewachsen sind. Aus Sicht der Unternehmen geht es nicht um einzelne Gemeinden, sondern um die Standortqualität einer Region.

Diese Herausforderung werden die Gemeinden nur durch intensive Kooperation bewältigen können, die darauf abzielt, die Position der Gesamtregion im Wettbewerb zu verbessern. Daher sollen die Gemeinden einer Region ein regionales Siedlungsflächenkonzept erarbeiten, das die Grundlage für zusätzliche Siedlungsbereiche im Regionalplan bildet. Entscheidend ist, dass die Region in ihrer Gesamtheit von den zusätzlichen Entwicklungsoptionen profitiert.

### Siedlungsflächenmonitoring

In Zukunft soll die landesplanerische Anpassung weiterer Bauflächen im Flächennutzungsplan und die Darstellung zusätzlicher

Siedlungsbereiche im Regionalplan in ein Siedlungsflächenmonitoring eingebunden werden. Genaue Informationen über Flächenreserven im Bestand sind für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung unerlässlich. Dies schließt nicht nur die möglichst vollständige Erfassung der Entwicklungspotenziale, sondern auch deren kontinuierliche Fortschreibung ein.

### Flächentausch

Die Mehrzahl der Regionalpläne und Flächennutzungspläne enthält für den absehbaren Baulandbedarf ausreichende zeichnerische Darstellungen. Gleichwohl schränken lagebedingte, rechtliche oder subjektive Nutzungs- und Verfügbarkeitshemmnisse das tatsächlich verfügbare Bauland ein. Dies hat zur Folge, dass das planerische Baulandpotenzial das verfügbare Bauland übersteigt. Nicht selten können die Mobilisierungshemmnisse nicht beseitigt und die planerischen Entwicklungsreserven nicht ausgeschöpft werden.

Auch geänderte planerische Überlegungen können einen Flächentausch erforderlich machen. Für die Inanspruchnahme von Freiraum ist dann eine gleichwertige, bisher planerisch für Siedlungszwecke in Anspruch genommene Fläche wieder dem Freiraum zuzuführen oder eine Baufläche im Flächennutzungsplan in eine innerstädtische Grünfläche umzuwandeln. Dabei kommt der Gleichwertigkeit der Flächen besonderes Gewicht zu. Nicht immer ist ein qualitativ gleichwertiger Flächentausch möglich. In diesem Fall sind andere geeignete Flächen qualitativ aufzuwerten. ●

## „WICKEL-EI“ IM BÜRGERBÜRO

Auf dem Weg zu mehr Familienfreundlichkeit hat das Team im Bürgerbüro der Stadt Coesfeld mit Sprecherin **Andrea Kemper** (Foto) eine Möglichkeit geschaffen, Babys und Kleinkinder zu wickeln. Auf der Behindertentoilette des Bürgerbüros wurde ein ausklappbarer Wickeltisch angebracht. Immer wieder hatten Eltern nach einer solchen Möglichkeit gefragt, denn schon seit längerem können die Kleinen in einer eigens eingerichteten Spielecke im Bürgerbüro malen, Bilderbücher ansehen und mit einem Kinderauto ihre Runden drehen. Mithilfe des „Wickel-Eis“ kann dies jetzt auch in trockenen Hosen geschehen.



FOTO: STADT COESFELD



FOTOS: JENS REINHARDT / STADT PADERBORN

# Wo Pader und Rhein sich verbinden

600.000 Besucher kamen zum ersten regionalen NRW-Tag nach Paderborn und erlebten ein Fest „zwischen Tradition und Hightech“



## DER AUTOR

Jens Reinhardt ist stellvertretender Pressereferent der Stadt Paderborn

Der Nordrhein-Westfalen-Tag in Paderborn am 25. und 26. August 2007 hat alle Erwartungen übertroffen. Nach Polizeiangaben kamen etwa 600.000 Besucher zu diesem ersten regionalen Nordrhein-Westfalen-Tag in die ostwestfälische Großstadt. Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers zeigte sich nach einem mehrstündigen Besuch begeistert und sprach von einer „überwältigenden Resonanz“: „Paderborn hat sich von seiner besten Seite gezeigt. Es war ein Fest für ganz Nordrhein-Westfalen. Der Stadt ist es hervorragend gelungen, die Stärken und die Vielfalt der Region und des Landes herauszustellen.“

Als absolut größtes Fest, das Paderborn in den zurückliegenden Jahrzehnten erlebt hat, bezeichnete Bürgermeister Heinz Paus

den Nordrhein-Westfalen-Tag. Für diese tolle Gemeinschaftsleistung sei all jenen zu danken, die mitgeholfen haben, dass es ein solch großer Erfolg werden konnte. 5.000 Mitwirkende an Ständen und in Zelten, darunter allein 1.700 Chorsänger, 30 Veranstaltungsorte, eine Aktionsfläche von 10.000 Quadratmetern und etwa 20.000 Besucher beim Sasha-Konzert belegen, dass Paderborn mit dem Nordrhein-Westfalen-Tag den Nerv des Publikums getroffen hat. Und nicht nur den des Stadtvolks: Selbst aus

*Paderborns ►  
Bürgermeister Heinz Paus (2.v.re.) begrüßte das Landeskabinett mit NRW-Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers (3.v.re.) im Schloß Neuhaus zum Eintrag ins Goldene Buch der Stadt*



◀ *Gut besucht war der Paderborner Rathausplatz beim ökumenischen Gottesdienst zum Auftakt des NRW-Tages*

dem Rheinland waren zahlreiche Menschen angeist.

## IMPULS LANDESGEBURTSTAG

Das Fest in Paderborn stand unter dem Motto „Zwischen Tradition und Hightech“. Es wurde gemeinsam vom Land und der Stadt veranstaltet und knüpfte an das große Bürgerfest 2006 an, bei dem mehr als zwei Millionen Besucher in Düsseldorf den 60. Geburtstag des Landes gefeiert hatten. Paderborn richtete den ersten regionalen Nordrhein-Westfalen-Tag aus, der künftig jedes Jahr - jeweils zeitnah zum Landesgeburtstag am 23. August - gefeiert wird.

Paderborn brannte an diesem „NRW-Tag-Wochenende“ ein wahres Veranstaltungsf Feuerwerk ab. Neben Landesregierung und Landtag präsentierten sich 70 Städte und Gemeinden sowie zahlreiche Institutionen. 85 Unternehmen stellten sich mit dem Thema Hightech und Innovation vor. Stars dieses NRW-Tages waren neben Sasha und Christine Westermann die Musicalidole Andreas Bieber, Marion Wilmer und Peti van der Velde sowie der Kabarettist Konrad Beikircher. Sterneköche aus NRW gaben Kostproben ihrer kulinarischen Kunst.

Eine große Oldtimershow fesselte nicht nur die Liebhaber alter Karossen. Eine lange Nacht der Museen sorgte dafür, dass es auch nach den Open-Air-Veranstaltungen noch viel zu sehen gab. Den politischen Auftakt hatte das Landeskabinett unter Führung von Ministerpräsident Jürgen Rüttgers bereits am 24. August mit einer Kabinettsitzung im Neuhaus Schloss gegeben. Im Anschluss daran trugen sich der Minister-



▲ Im Innenhof des Neuhäuser Schlosses übergab Elfi Hüther (rechts) den mit Rheinwasser gefüllten Staffelstab



▲ Auch eine Schneeballschlacht mitten im Sommer bot der NRW-Tag dank tatkräftiger Unterstützung aus Winterberg

präsident sowie seine Minister und Ministerinnen ins Goldene Buch der Stadt Paderborn ein.

#### STAFFELLAUF MIT RHEINWASSER

Einzigartig bei diesem großen Fest war die Idee eines Staffellaufs. Läufer hatten einen mit Rheinwasser gefüllten Staffelstab über mehr als 180 Kilometer von Düsseldorf bis in den Innenhof des Neuhäuser Schlosses transportiert. Ministerpräsident Jürgen Rüttgers

und Bürgermeister Heinz Paus nahmen den Stab aus den Händen der Langstreckenläuferin Elfi Hüther aus Salzkotten in Empfang. Mit ihr hatten Ehemann Karl-Heinz, Anke Kerstein und Heinz Funke auf dem Fahrrad die letzte Etappe von knapp 20 Kilometern zurückgelegt. „Wir haben symbolisch das Rheinland mit Westfalen verbunden“, so Bürgermeister Heinz Paus. Das Rheinwasser schütteten Ministerpräsident Jürgen Rüttgers und Bürgermeister Heinz Paus gemeinsam in die Pader.

Zum Abschluss des Nordrhein-Westfalentages wurde der diesmal mit Paderwasser gefüllte Stab von Bürgermeister Heinz Paus an seinen Wuppertaler Amtskollegen, Oberbürgermeister Peter Jung, weitergereicht. In Wuppertal wird vom 29. bis 31. August 2008 der nächste Nordrhein-Westfalentag unter dem Motto „Wuppertal bewegt. Sich. Dich. Mich.“ stattfinden. 2009 trifft sich das Land in Hamm, 2010 in Siegen und 2011 in Bonn. Diese Städte hatten sich bereits in Paderborn präsentiert. ●

## LÄNDLICHE GEBIETE BRAUCHEN ROLLENDE SUPERMÄRKTE

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB) hat vor einem Aus für die „Rollenden Supermärkte“ in den ländlichen Regionen gewarnt. Hintergrund sind geplante Änderungen der EU-Regelungen für Fahrpersonal. Demnach würden zukünftig die Fahrer größerer Verkaufsfahrzeuge nicht mehr von der Aufzeichnungspflicht der Lenk- und Ruhezeiten ausgenommen sein.

„Gerade in strukturschwachen und ländlichen Gebieten haben Verkaufsfahrzeuge eine unverzichtbare Versorgungsfunktion. In allen Ortschaften müssen Einkaufsmöglichkeiten bestehen. Ansonsten drohen ernsthafte Engpässe bei der Versorgung ländlicher Gebiete“, sagte Dr. Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer des DStGB. Landsberg forderte die Bundesregierung dazu auf, die bisherige Ausnahmeregelung für

diese Fahrzeuglenker aufrechtzuerhalten und auf eine Änderung der EU-Vorgaben hinzuwirken.

„Die Versorgung der Bevölkerung mit den täglichen Einkäufen darf nicht aufs Spiel gesetzt werden. In vielen kleineren Ortschaften gibt es keine Lebensmittelgeschäfte mehr. Dort werden die ‚rollenden Supermärkte‘ unbedingt gebraucht“, sagte Landsberg. Er verwies darauf, dass mit den neuen Arbeits- und Ruhezeitregelungen die Verkaufsfahrer gezwungen würden, die gleichen Regeln einzuhalten wie Bus- oder Fernfahrer, obwohl die Fahrtätigkeit nicht Hauptbestandteil ihrer Arbeit sei, sondern das Verkaufen. Hintergrund seien EU-Vorgaben zur Harmonisierung bestimmter Vorschriften im Straßenverkehr, die auch in Deutschland umgesetzt werden müssten. Danach müssten die Fah-

rer spätestens nach einer Lenkzeit von viereinhalb Stunden eine 45-minütige Ruhepause einlegen, in der nicht verkauft werden dürfe.

Landsberg wies auf Schätzungen des Handels hin, wonach 15 bis 20 Prozent, regional sogar bis zu 40 Prozent der Touren wegfallen müssten. Nach den geplanten Gesetzesänderungen dürften die Verkaufsfahrzeuge an deutlich weniger Punkten halten und verkaufen. Außerdem müssten die Unternehmen jeden Stopp ausführlich dokumentieren. Das wäre das wirtschaftliche Aus für viele „rollenden Supermärkte“. Entlegene Dörfer könnten nicht mehr angefahren werden. „Die Verlierer einer solchen Entwicklung wären nicht zuletzt ältere Dorfbewohner, die nicht mit dem eigenen Pkw zum Einkauf in andere Ortschaften fahren können“, so Landsberg. (DStGB- Pressemitteilung 56/2007 vom 24.08.2007)

# Nur noch ein Weg für das Abwasser

Nach 30 Jahren Vorarbeit ist es der Gemeinde Hille gelungen, sämtliche Häuser und bebaute Grundstücke an die Kanalisation anzuschließen



## DIE AUTOREN

**Andreas Kruse** ist Sachbearbeiter für Bau, Betrieb und Unterhaltung beim Abwasserbeseitigungsbetrieb der Gemeinde Hille  
**Lothar Riechmann** ist dort in derselben Funktion tätig

Seit Inbetriebnahme der zentralen Kläranlage im Jahre 1977 wurde in der Gemeinde Hille mit dem kontinuierlichen Ausbau des Abwassernetzes begonnen. So konnten bis 1990 56 Prozent, bis 2000 81 Prozent und bis 2004 90 Prozent der Grundstücke an die Kanalisation angeschlossen werden. Es wurden bis zu diesem Zeitpunkt Investitionen von rund 70 Millionen Euro getätigt. Ziel der Gemeinde war es, auch den Außenbereich so weit wie möglich an die öffentliche Kanalisation anzuschließen.

Kommunales Abwasser ist nach den wasserrechtlichen Bestimmungen zu behandeln, um schädliche Auswirkungen auf oberirdische Gewässer zu vermeiden. Die zur Abwasserbeseitigung verpflichteten Gemeinden haben danach ihre Gebiete innerhalb bestimmter Fristen mit einer Kanalisation auszustatten. Ausgenommen sind Gebiete außerhalb zusammenhängend bebauter Ortsteile, wenn der Anschluss an die Kanalisation mit unzumutbarem Aufwand verbunden ist. In solchen Fällen kann die Abwasserbeseitigung dezentral erfolgen.

So wurde das Abwasserbeseitigungskonzept in Hille im Laufe der Zeit ständig erweitert und sah in der vierten Fortschreibung bereits den Anschluss großer Gebiete des Außenbereichs vor. Lediglich für 180

bebaute Grundstücke war aus wirtschaftlichen Überlegungen kein öffentlicher Kanalanschluss geplant. Auf diesen Grundstücken sollten dafür die Kleinkläranlagen dem neuesten Stand der Technik angepasst werden und somit die Abwasserbeseitigungspflicht auf den Grundstückseigentümer übertragen werden.

## AUSBAU MIT LANDESMITTELN

Finanzielle Hilfen konnten diesen bis Ende 2005 durch das Förderprogramm des Landes „Initiative ökologische und nachhaltige Wasserwirtschaft in NRW“ in Aussicht gestellt werden. Das Pilot- Vorhaben „Optimierung der Inbetriebnahmephase und Überwachung von Kleinkläranlagen“ der Unteren Wasserbehörde und der Gemeinde Hille sollte den Grundstückseigentümern weitere Hilfestellungen geben.

Im Januar 2004 wurden die 180 betroffenen Grundstückseigentümer über den geplanten Ablauf des Vorhabens informiert.

## ZUR SACHE

Die Gemeinde Hille erstreckt sich auf einer Fläche von 103 Quadratkilometern vom Kamm des Wiehengebirges im Süden in Richtung Norden bis zur Landesgrenze nach Niedersachsen. Das nach Norden hin sanft auslaufende Wiehengebirge geht in eine ausgedehnte Ebene über. Neun bis zum Jahre 1973 selbstständige Gemeinden bilden die teilweise weit auseinander liegenden heutigen Ortschaften. Aus früherer Entwicklung existiert eine erhebliche Streubebauung von insgesamt 1.383 Grundstücken. Somit liegt rund 30 Prozent der Bebauung im Außenbereich.

Dazu wurde das „Projekt Anschlussgrad 100 Prozent“ ins Leben gerufen. Aus ökologischer Sicht fiel das Ergebnis eindeutig zugunsten des öffentlichen Kanalanschlusses aus, zumal auf vielen Grundstücken eine Versickerung oder Verrieselung wegen der Bodenverhältnisse nur eingeschränkt möglich war. Schiefertonschich-



FOTOS: GEMEINDE HILLE

Das Klärwerk Hille reinigt Abwasser aus ▶  
 sämtlichen Haushalten der Gemeinde

ZUR SACHE

Zahlen und Daten

- 103 Quadratkilometer Gemeindegebiet
- 16.696 Einwohner in der Gemeinde Hille
- 4.671 bebaute oder bewohnte Grundstücke
- 177 Kilometer Freigefälle-Abwasserleitungen
- 77,6 Kilometer Druckentwässerungsleitungen
- 874 Druckentwässerungsstationen für 3.221 Einwohner (19 Prozent)
- 100 Prozent Anschlussgrad an die Kanalisation

ten beeinträchtigen die Sickerfähigkeit des Erdreichs. In niederschlagsreichen Zeiten steht das Wasser bis nahe an die Geländeoberfläche. Die Funktionsfähigkeit von Kleinkläranlagen wird dadurch negativ beeinflusst. Außerdem können die geforderten Mindestabstände von Versickerungsanlagen zum Grundwasser überwiegend nicht eingehalten werden. Auch die Einleitung in Oberflächengewässer ist bei diesen Wasserständen nicht gewährleistet.

VERSICKERUNG PROBLEMATISCH

Im südlichen Gemeindegebiet, in den Hanglagen des Wiehengebirges, sind wasserführende Erdschichten vorhanden. Am Fuße des Wiehengebirges befinden sich in einem Kurgebiet zwei so genannte Bauernbäder. Zum Schutz der Mineralwasserquellen ist ein etwa zwei Quadratkilometer großes Heilquellenschutzgebiet festgesetzt. Einleitungen aus Kleinkläranlagen sind hier ebenfalls problematisch.



◀ Jedes Haus in Hille - gleich wie abgelegen - ist mittlerweile an den Kanal angeschlossen

Für die überregionale Trinkwasserversorgung sind rund 38 Quadratkilometer des Gemeindegebietes als Grundwasserschutzgebiet ausgewiesen. Hier ist auf entsprechende Abwassereinleitungen gänzlich zu verzichten.

Zur Ermittlung des Investitionsvolumens wurden in einem ersten Schritt sinnvolle Leitungsführungen auch unter Einbeziehung privater Grundstücke geplant. Soweit möglich wurde darauf geachtet, die neu zu verlegenden Abwasserleitungen möglichst an vorhandene Schmutzwassernetze und nicht an Mischwassernetze anzubinden. Wegen der meist recht großen Abstände zwischen den Grundstücken und der nächsten Anschlussmöglichkeit bot sich die Druckentwässerung an.

Nach dem Funktionszusammenhang der einzelnen Netze wurden Bauabschnitte gebildet und die Investitionskosten für die Anlagen in den einzelnen Bauabschnitten ermittelt. Auf den Einbau einer ausreichenden Zahl von Absperrschiebern, Spülgarnituren und automatischen Spüleinrichtungen für einen wartungsfreundlichen Betrieb wurde großer Wert gelegt. Der gesamte Investitionsaufwand belief sich einschließlich der Pumpstationen auf den Grundstücken auf rund 1,75 Millionen Euro für 180 Grundstücke.

ABWASSERGEBÜHR GESUNKEN

Im Folgenden wurden die Kanalanschlussbeiträge für die anzuschließenden Grundstücke mit insgesamt etwa 1,1 Millionen Euro ermittelt. Die Gegenüberstellung ergab einen voraussichtlichen Zuschussbedarf von rund 578.000 Euro beziehungsweise einen Deckungsgrad von etwa 63 Prozent.

Neben der Finanzierung des Projekts betrachtete man auch die Auswirkungen auf die Betriebs- und Unterhaltungskosten der öffentlichen Abwasseranlagen und damit auf die Gebührentwicklung. Nach den Kalkulationen lagen die zusätzlichen Gebühreneinnahmen um rund 18.000



▲ Um auch entfernte Grundstücke an die Kanalisation anzubinden, wurden zusätzlich 35 Kilometer Druckrohrleitungen verlegt

Euro pro Jahr über den zusätzlichen Betriebs- und Unterhaltungskosten. Dadurch ergab sich eine um 15 Cent pro Kubikmeter günstigere Abwassergebühr. Positiv sind auch die nicht mehr notwendige Überwachung der Kleinkläranlagen und die wegfallene Entsorgung der Fäkalschlämme zu sehen. Der personelle Einsatz hierfür wurde häufig unterschätzt. Insgesamt stellte sich der Anschluss aller bebauten Grundstücke in der Gemeinde damit als sinnvoll heraus.

ZUSTIMMUNG IM RAT

Den verantwortlichen Gremien wurde das Ergebnis der Untersuchungen zusammen mit dem Entwurf des geänderten Abwasserbeseitigungskonzeptes (ABK) im März 2004 vorgestellt. Mit einer breiten Zustimmung wurde das geänderte ABK vom Rat beschlossen. Einwände seitens der Aufsichtsbehörden gab es nicht. Zunächst wurden die betroffenen Grundstückseigentümer über die veränderte Situation informiert. Vor Beginn der Bauarbeiten fanden außerdem auf jedem anzuschließenden Grundstück mit den Grundstückseigentümern Einzelgespräche über Verlauf der Anschlussleitungen, Lage des Pumpenschachtes, Standort der Steuereinheit, Aufgaben des Grundstückseigentümers, Inbetriebnahme der Druckentwässerungsstation und Höhe der Beiträge statt. Eine umfassende Infobroschüre mit Erläuterungen wurde jedem Grundstückseigentümer übergeben. Günstige finanzielle Rahmenbedingungen insbesondere des Kreditmarktes ermöglichten eine rasche Umsetzung des geänderten ABK. Mit der Realisierung des Projekts „An-

# Beschlüsse des StGB NRW-Präsidiums vom 30. August 2007

Folgende Beschlüsse fasste das Präsidium des Städte- und Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen auf seiner 166. Sitzung am 30. August 2007 in Düsseldorf

**Sparkassengesetz:** Das Präsidium begrüßt, dass auch nach dem neuen Sparkassengesetz die Sparkassen als unveräußerbares Eigentum der Kommunen dargestellt und deren Verantwortung im Hinblick auf die Ausschüttung sowie deren Bemessung gestärkt werden sollen. Das Gremium hält es für sinnvoll, die Verwendung der Ausschüttungen weiterhin auf gemeinwohlorientierte Aufgaben zu beschränken. Das Präsidium begrüßt, dass die Verpflichtung zu Finanzdienstleistungen für jedermann in das neue Sparkassengesetz aufgenommen werden soll. Auch eine intensivere Zusammenarbeit zwischen Sparkassen und den Verbundunternehmen - insbesondere der WestLB - liegt im Sinne des Präsidiums, dies allerdings auf freiwilliger Basis. Die Ausweisung von Trägerkapital wird abgelehnt, da es die Eigentümerfunktion der Kommunen langfristig gefährden könnte. Ebenso fordert das Präsidium eine gesetzliche Klarstellung, dass Sparkassen nicht in den kommunalen Eröffnungsbilanzen zu erfassen sind.

**Sondernutzung:** Das Präsidium unterstützt das Vorhaben, die StGB NRW-

Mustersatzung „Sondernutzungen“ der aktuellen Rechtsprechung sowie Anforderungen der Praxis anzupassen. Damit soll sie zu Verwaltungsvereinfachung und Bürokratieabbau beitragen. Die Satzung soll sich aber auf straßenrechtliche Regelungsnotwendigkeiten beschränken. Berührungspunkte mit dem Polizei- und Ordnungsrecht sollen in den Erläuterungen ausführlich dargestellt werden.

**GFG/Steuerverbund 2008:** Das Präsidium fordert das Land auf, den NRW-Kommunen im Rahmen des Finanzverbundes wieder vier Siebtel der Grunderwerbsteuer zu überlassen. Die Verbundsteuereinnahmen seien zurzeit auf dem Stand des Jahres 2000 und reichten nicht aus, um die gestiegenen Ausgaben zu finanzieren, so das Gremium. Eine Aufstockung der Schulpauschale um 80 Millionen Euro zulasten der allgemeinen Investitionspauschale lehnt das Präsidium ab. Begrüßt wird die Änderung im Gemeindefinanzierungsgesetz 2008, wonach NRW-Innenministerium und -Finanzministerium ermächtigt werden, sich bei eventuell erforderlichen Ab-

schlagszahlungen am aktuellen Haushaltsentwurf zu orientieren.

**Energiewirtschaft:** Das Präsidium appelliert an die NRW-Landesregierung, sich im Zuge des Bundesratsverfahrens dafür einzusetzen, dass kommunalen Unternehmen bei der so genannten Anreizregulierung ausreichend Zeit für ihre Betriebsoptimierung eingeräumt wird. Andernfalls stehe eine Entwertung kommunalen Vermögens zu befürchten. Die Anreizregulierung bei den Netzdurchleitungsentgelten soll einfach und praktikabel sein, um mehr Effizienz im Betrieb der Übertragungsnetze zu schaffen und Investitionen zu befördern. Als Orientierungspunkt sollte - so das Präsidium - der durchschnittlich effiziente Netzbetreiber und nicht der „Klassenbeste“ herangezogen werden.

**Landeswassergesetz:** Das Präsidium lehnt den Entwurf des Gesetzes zur Änderung und Ergänzung wasserverbandsrechtlicher Vorschriften ab und bittet den NRW-Landtag, auf die Verabschiedung zu verzichten. Insbesondere das geplante Verbot, die Aufgabe der Abwasserableitung auf die sondergesetzlichen Wasserverbände zu übertragen, schränkt nach Auffassung des Gremiums die kommunale Selbstverwaltung ein. (mle)

schlussgrad 100 Prozent“ konnte daher bereits 2005 begonnen werden. Zum Jahresende 2006 wurden die Bauarbeiten weitgehend abgeschlossen. Insgesamt wurden 35,6 km Abwasserdruckrohrleitung DN 50 und 65 mm, vorwiegend im Horizontalbohrverfahren, verlegt und 180 Druckentwässerungsstationen eingebaut.

## KEINE „KOSTENEXPLOSION“

Durch günstige Tiefbau-Preise - insbesondere durch die stark rückläufigen Preise für das Horizontalbohrverfahren - konn-

ten die veranschlagten Investitionskosten weitgehend eingehalten werden. An Beiträgen wurden von den Grundstückseigentümern insgesamt 1.089.500 Euro erhoben.

Die günstigen Rahmenbedingungen zum Zeitpunkt des Ausbauprogrammes machten es möglich, mit vertretbarem Aufwand in der ländlich strukturierten Gemeinde Hille flächendeckend ein Abwassersystem zu erstellen. Damit wird allen bebauten Grundstücken die Möglichkeit eines Anschlusses an die öffentliche Kanalisation geboten. Das Abwasser wird der

zentralen Kläranlage in der Ortschaft Hartum zugeführt und dort nach dem Stand der Technik gereinigt.

Intensive Aufklärungsarbeit der Mitarbeiter und die Erkenntnis der Grundstückseigentümer, durch den Kanalananschluss einen großen Beitrag zu Schutz ihres Wohnumfeldes zu leisten, trugen erheblich zum Gelingen des Projekts „Anschlussgrad 100 Prozent“ bei. Die Gemeinde Hille dürfte damit die erste ländlich strukturierte Gemeinde in Nordrhein-Westfalen sein, die allen bebauten Grundstücken den Kanalananschluss ermöglicht hat. ●

# Den Begriff „Pflege“ weiter fassen

Die anstehende Reform der Pflegeversicherung erfordert einen Balanceakt zwischen individuellen Problemlösungen und deren Finanzierbarkeit

FOTO: WOLTERFOTO



▲ Eine steigende Zahl alter und sehr alter Menschen wird in den kommenden Jahren auf Pflege angewiesen sein - mit gravierenden finanziellen Folgen

Die Reform der Pflegeversicherung zählt zu den Kernthemen, auf die sich die Regierungsparteien im Bund in ihrem Koalitionsvertrag vom November 2005 verständigt haben. Im Koalitionsausschuss wurden am 19. Juni 2007 hierzu Vereinbarungen getroffen. Der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. (DV), der sich als Forum der öffentlichen und frei-

en Träger der sozialen Arbeit seit mehr als 125 Jahren für die Entwicklungen der Sozialpolitik einsetzt, hatte sich bereits 1984 für die Einrichtung einer Pflegeversicherung ausgesprochen. Unter anderem sah er die Sozialhilfe nicht als sachgerechtes Instrument für eine sozialpolitisch angemessene Absicherung gegen Pflegebedürftigkeit an. Intensive politische und wissenschaftliche

Diskussionen führten schließlich 1994 zur Einführung der Pflegeversicherung als eigenständige Säule des Sozialversicherungssystems (neu: SGB XI). Das heutige Pflegeversicherungsrecht enthält zwar eine „Teilkasko“-Lösung, da es Leistungen nur bis zu Höchstbeträgen vorsieht und bei Pflegebedürftigkeit nicht jeder Hilfebedarf anerkannt wird oder Leistungen entsprechend gewährt werden. Dennoch war ein großer sozialer Fortschritt erreicht. Das Risiko der Pflegebedürftigkeit wurde als gesamtgesellschaftliche Herausforderung anerkannt. Vor allem die Träger der Sozialhilfe wurden entlastet. Die Grenzen des Systems wurden aber rasch offenkundig. Der Deutsche Verein hat 2004 deutlich gemacht, dass er eine grundlegende Reform der Pflegeversicherung für dringend erforderlich hält und hat die aus seiner Sicht notwendigen Gesetzesänderungen und den Reformbedarf vorgestellt.

## INDIVIDUELL UND WIRTSCHAFTLICH

Bereits vor drei Jahren bestand die Herausforderung, einerseits die individuellen Bedürfnisse der pflegebedürftigen Menschen in den Blick zu nehmen und andererseits nachhaltig und finanzpolitisch ausgewogen der demografischen Entwicklung gerecht zu werden. Denn diese geht mit einer wachsenden Zahl alter und hochaltriger Menschen einher.

Durch den Begriff der Pflegebedürftigkeit im SGB XI wird bislang der leistungsberechtigte Personenkreis festgelegt. Im Laufe der Zeit verstärkte sich die Diskussion über hierdurch nicht bewältigte Problemstellungen, die mit Erkrankungen einhergehen, welche einen erheblichen allgemeinen Betreuungsbedarf nach sich ziehen. Dies betrifft zum Beispiel häufig Menschen mit demenzbedingten Erkrankungen.

Es wurde deutlich, dass der Begriff der Pflegebedürftigkeit und das Verfahren der Leistungszuordnung genereller Überarbeitung bedürfen. Der DV fordert daher in seiner Stellungnahme vom August 2007 die Anerkennung von Aufsicht, Anleitung und Begleitung in angemessenem Umfang als Leistung auslösenden Bedarf.



## DER AUTOR

**Michael Löher** ist Vorstand des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V.

## VORSORGE IMMER WICHTIGER

Zur Weiterentwicklung des Begriffs „Pflegebedürftigkeit“ gehört aber auch, sich von der Defizit-Orientierung im SGB XI zu verabschieden und stärker den Blick auf die präventiven und rehabilitativen Potenziale der pflegebedürftigen Menschen zu lenken. Letztlich kann dies im Rahmen einer Gesamtbetrachtung zu Einsparungen führen. Außerdem müssen auch die speziellen Bedürfnisse pflegebedürftiger behinderter Menschen stärker berücksichtigt werden. Die Zuordnung der pflegerischen Leistungen soll in Rahmen eines transparenten Systems erfolgen.

Zur Vermeidung von Überschneidungen mit anderen Sozialgesetzen und zur Angleichung an fachwissenschaftliche Erkenntnisse soll der Begriff „Pflegebedürftigkeit“ einheitlich und für alle Sozialleistungsträger verbindlich angelegt sein. Beim Bundesministerium für Gesundheit wurde ein Beirat eingerichtet, der den Begriff überprüfen und bis Ende 2008 Entscheidungsgrundlagen erarbeiten soll, damit der Begriff neu definiert werden kann. Vorsitzender des Beirates ist Wilhelm Schmidt, Präsident des Deutschen Vereins.

Aus den Eckpunkten des Koalitionsausschusses „Reform zur nachhaltigen Weiterentwicklung der Pflegeversicherung“ vom 19. Juni 2007 geht hervor, dass es bei den aktuellen gesetzlichen Änderungen in besonderem Maße um die Stärkung der ambulanten Versorgung gehen soll. Einen wesentlichen Beitrag hierzu sollen neue wohnortnahe Versorgungs- und Betreuungsangebote sowie die Einführung eines verpflichtenden Angebots von Fallmanagement, das zielgerichtet der Unterstützung des/der Einzelnen dienen soll, leisten. Ferner wurde vereinbart, ambulant betreute Wohnformen zu fördern. Außerdem sollen die Beträge für ambulante Sachleistungen bis 2012 stufenweise angehoben werden.

## AUCH BETREUUNG UNTERSTÜTZEN

Der zusätzliche Leistungsbetrag für Menschen mit erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz soll ebenfalls angehoben werden. Den Betrag sollen diese Menschen auch dann erhalten, wenn sie nicht pflege-, aber betreuungsbedürftig sind. Prävention und Rehabilitation in der Pflege sollen durch finanzielle Anreize verbessert werden. Außerdem wurden unter anderem Maßnahmen zum Ausbau von Qualitätssicherung und die Einführung einer Pflegezeit für Arbeitnehmer/innen vereinbart. Zur Finanzierung soll der allgemeine Beitrags-

## EIN PLATZ UNTER DEN BESTEN

Die Bürgermeisterin der Stadt Gütersloh, Maria Unger (Foto), ist von der Tageszeitung DIE WELT in der Serie „Deutschlands beste Bürgermeister“ porträtiert worden. Vor allem mit ihrem Engagement im sozialen und kulturellen Bereich hat sich die 54-Jährige ihren Platz in dieser Reihe verdient. 21 Millionen Euro investiert die Stadt Gütersloh jährlich in Einrichtungen wie das „soziale Frühwarnsystem“ zur Erkennung vernachlässigter und missbrauchter Kinder, das „Bündnis für Erziehung“, das Jugendparlament oder den Seniorenbeirat. Besonders wichtig ist Maria Unger die gute Zusammenarbeit der Institutionen. „Schön, wenn ich auf diese Weise zur Werbung für unsere Stadt beitragen kann“, kommentierte sie den Artikel in der WELT.



FOTO: STADT GÜTERSLOH

satz ab Juli 2008 um 0,25 Prozent angehoben werden.

Der Deutsche Verein hat zu diesem Eckpunktepapier in seiner Stellungnahme vom August 2007 deutlich gemacht, dass die Vereinbarungen der Koalition - soweit dies angesichts noch sehr offener Formulierungen in den Eckpunkten beurteilt werden kann - zum großen Teil in die richtige Richtung gehen. Er hält es jedoch nicht für sachgerecht, dass die bevorstehende Reform die zentrale Frage, wie die Pflegeversicherung auf Dauer finanziert werden kann, nicht löst.

Insgesamt fordert der Deutsche Verein, bei der Reform der Pflegeversicherung nicht nur das Leistungsrecht in den Blick zu nehmen, sondern auch die Wechselwirkungen mit familienpolitischen Belangen, der Altenhilfe, der Behindertenhilfe, dem sozialen Umfeld und der sozialen Infrastruktur in den Kommunen zu berücksichtigen. Er benennt zentrale Ziele für eine Neuausrichtung der Versorgungsstrukturen sowie Sozialleistungen und die bei einer SGB XI-Reform zu bedenkenden gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Aus Sicht des Deutschen Vereins muss die Verantwortung für die Steuerung, Koordination und Vernetzung von Infrastrukturleistungen den kommunalen Gebietskörperschaften übertragen werden.

## MEHR AMBULANTE PFLEGE

Im Einzelnen erachtet der Deutsche Verein Maßnahmen auf infrastruktureller Ebene für die Steuerung, Koordination und Vernetzung der Angebote für sinnvoll. Er stellt aus seiner Sicht wichtige Maßstäbe für Anlaufstellen vor. Des Weiteren mahnt er die Beachtung von Problemen an, die es bei der umfassenden Leistungserbringung bei gemeinsamen Servicestellen und der Komplexleistung

Frühförderung gegeben hat. Auf der individuellen Ebene muss Fallmanagement als eine vor Ort auf die Betroffenen zugehende Struktur organisiert sein, frühzeitig einsetzen und ressortübergreifend wirken.

Im Sinne einer Stärkung ambulanter Strukturen begrüßt der Deutsche Verein viele der im Eckpunktepapier des Koalitionsausschusses dargelegten Änderungen, insbesondere die verstärkte Förderung der Tagespflege. Er fordert darüber hinaus jedoch auch eine bessere Finanzierung von Kurzzeitpflege sowie die Erleichterung des erstmaligen Zugangs zur häuslichen Pflege bei Verhinderung einer Pflegeperson.

Der Deutsche Verein begrüßt die vorgesehene Einführung einer Pflegezeit für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen. Nach seiner Ansicht sollten Angehörige aber auch die Möglichkeit erhalten, alternativ zu einer befristeten Freistellung von ihrem Arbeitsplatz mit dem Arbeitgeber flexible Arbeitszeiten oder Teilzeit zu vereinbaren.

Die Vereinbarung des Koalitionsausschusses, zur künftigen Finanzierung der Leistungen die Beiträge der sozialen Pflegeversicherung um 0,25 Prozent zu erhöhen, hält der Deutsche Verein für unzureichend. Denn eine Nachhaltigkeit der Pflege-Finanzierung ist dringlich, wird hierdurch jedoch nicht erreicht. Der DV fordert den Gesetzgeber dazu auf, gesetzliche Regelungen zu treffen, die nachhaltig die finanziellen Probleme der Pflegeversicherung unter Einbeziehung der Effekte eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs und der demografisch bedingten Mehrausgaben lösen. ●

*Die Stellungnahmen des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V. sowie weitere Informationen über den DV und seine Arbeit finden sich im Internet unter [www.deutscher-verein.de](http://www.deutscher-verein.de).*

# Konrad Bauschinger geht in den Ruhestand



FOTO: PRIVAT

Nach mehr als 50 Jahren im öffentlichen Dienst und fast 26 Jahren beim Städte- und Gemeindebund geht Konrad Bauschinger zum 1. November 2007 in den Ruhestand. Der gebürtige Düsseldorfer, der seine Verwaltungslehre von 1957 bis 1960 bei der Gemeinde Buderich - heute Stadt Meerbusch - absolvierte, war seit 1982 bei dem kommunalen Spitzenverband Leiter der Bereiche Personal und Organisation.

Zu seinen Aufgaben gehörte die Betreuung der Verbandsgremien, die Organisation von Veranstaltungen des Verbandes, die Aufsicht über die Immobilien in Düsseldorf, die technische Ausstattung der Geschäftsstelle, die Kontrolle der Finanzen sowie die Betreuung des angestellten und beamteten Personals. All dies hat Konrad Bauschinger für den Deutschen Städte- und Gemeindebund wie für den Städte- und Gemeindebund NRW geleistet. Als sich die beiden Verbände zum Jahreswechsel 1997/1998 trennten, blieb Bauschinger Leiter Organisation und Personal beim nordrhein-westfälischen Verband.

Konrad Bauschinger stammt aus einem sozialdemokratischen Elternhaus. In seiner Jugend hat er sich als Wahlkampfshelfer für

die Partei engagiert. Später, in seiner Verwaltungstätigkeit in der Kommune und im Verband, hat er freilich die geforderte Neutralität gewahrt. Im ersten Jahrzehnt seiner Berufspraxis bei der Gemeinde Buderich hat Konrad Bauschinger die Bereiche Ordnungsverwaltung, Schule, Kultur, Soziales und Bauen betreut - zunächst als Angestellter, dann als Beamter. Mit der Bildung der Stadt Meerbusch zum 01.01.1970 wurde er in deren Dienste übernommen. Dort wurde ihm 1971 die Leitung der Hauptabteilung übertragen. Die 1970er-Jahre brachten Konrad Bauschinger den Aufstieg vom Stadtinspektor zum Stadtratsrat.

Mit seiner Anstellung als Referent beim Nordrhein-westfälischen und Deutschen Städte- und Gemeindebund wechselte Konrad Bauschinger auf die bundes- und landespolitische Bühne. In seine aktive Zeit fiel die deutsche Einheit, welche den Aktionsradius der kommunalen Spitzenverbände erheblich vergrößerte und neue Anforderungen an die Geschäftsstelle herantrug. Ebenfalls in den 1980er-Jahren begann die Umstellung der Büro-Kommunikation auf Computer, die Konrad Bauschinger mit kundigem Blick für das technisch Optimale und das wirtschaftlich Vertretbare organisierte.

Ende der 1990er-Jahre wuchs mit der Einführung von Intranet und Internet eine neue Aufgabe im Bereich Organisation heran. Zudem gründete der Städte- und Gemeindebund NRW 1999 eine Dienstleistungs-GmbH, für die Konrad Bauschinger bis zu deren Fusion mit der Abwasserberatung NRW e.V. die Prokura übernahm. Krankheitsbedingt konnte er seinen Dienst nicht bis zum Ende der Dienstzeit ausüben. Präsidium, Geschäftsführung sowie die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Geschäftsstelle danken Konrad Bauschinger für seine Tatkraft und Einsatzbereitschaft, aber auch für sein ausgeglichenes, Konsens förderndes Wirken. Es schließen sich Wünsche an für einen aktiven Ruhestand im Kreise der Familie bei - hoffentlich bald wieder hergestellter - stabiler Gesundheit. ●

## Neuer Anlauf für Surfen im Flugzeug

Nachdem der Flugzeughersteller Boeing und die Fluggesellschaft Lufthansa ihre Bestrebungen eingestellt haben, während des Fluges Internet und Telefonie zu ermöglichen, unternimmt jetzt der Flugzeugbauer Airbus einen Versuch. Zusammen mit der IT- und Logistikkoooperative SITA hat Airbus ein Joint Venture namens OnAir ([www.onair.aero](http://www.onair.aero)) gegründet, das in Flugzeugen ein Mini-Handy-Netz einrichten soll. Über dieses Netz sollen dann Handy-Telefonate, aber auch das Internetsurfen möglich werden. Die Verbindung des Flugzeugs mit den terrestrischen Netzen erfolgt per Satellit. Als erste wollen die Fluggesellschaften AirFrance, British Midland, TAP und RyanAir auf Kurzstrecken mit dem kostenpflichtigen Angebot starten.



### IT-NEWS

zusammengestellt von  
Dr. iur. Lutz Gollan,  
IT-Referent beim StGB  
NRW, E-Mail: [Lutz.Gollan@kommunen-in-nrw.de](mailto:Lutz.Gollan@kommunen-in-nrw.de)

## Weißer oder schwarzer Bildschirm?

In der IT-Branche gibt es einen Streit, ob ein schwarzer statt wie üblich weißer Hintergrund bei der Google-Suchmaschine weltweit zu Energieeinsparung führen würde. Der australische Fachjournalist Darren Yates (<http://tinyurl.com/29bhal>) hat versucht, diese These durch Tests zu widerlegen. Die Initiative Blackle ([www.blackle.com](http://www.blackle.com)) bietet die Google-Suche in schwarz an und meint, dass durch die geringere Ausleuchtung des Bildschirms dieser weniger Energie verbrauchen würde. Dies hat Yates mit Tests an 27 Monitoren widerlegt. Die Einsparungen - so Yates - seien nur minimal. Vielmehr sollte man Bildschirm und Computer nach der Benutzung komplett ausschalten, am Besten durch Abtrennen vom Stromnetz.

## Einbrechen leichter dank Navigationssystem

Die Polizei im britischen West Mercia warnt nach einem Aufsehen erregenden Diebstahl davor, die Heimatadresse in einem Auto-Navigationsgerät als solche bezeichnet zu speichern (<http://tinyurl.com/32zgw7>). Eine Familie war mit ihrem Pkw zu einem Freizeitpark gefahren und ließ das Navigationsgerät im Auto. Ein Autoknacker öffnete das Fahrzeug und ließ sich vom Navi zum Heim der Familie leiten - wohl wissend, dass diese gerade im Freizeitpark war. Dort wurde ein weiterer Pkw gestohlen. Die Polizei empfiehlt, im Navigationsgerät entweder nur den Heimatort ohne genaue Anschrift zu speichern oder die Adresse mit einem unverfänglichen Namen zu verbinden.

## Google heimlich auf Content-Suche?

Der Suchmaschinen-Betreiber Google bietet seit einiger Zeit einen Online-Dienst an, der das Erstellen und Bearbeiten von Text- und Tabellendateien im Internet ermöglicht. Der Benutzer schreibt dabei in eine im Google-Browser bereitgestellte, angeblich kostenfreie Anwendung („Google Text & Tabellen“). Bei einem Blick in die Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB, <http://tinyurl.com/25zmwv>) bekommt das Wort „kostenlos“ jedoch eine andere Bedeutung. Dort heißt es unter Punkt 11, dass durch das Einstellen der Inhalte der Nutzer Google eine dauerhafte, unwiderrufliche, weltweite, kostenlose Lizenz zur Anpassung, Veröffentlichung und Verbreitung dieser Inhalte einräumt. Zusätzlich sehen die AGBs vor, dass die Inhalte auch zu Werbezwecke sowie von Dritten genutzt werden können. Ob diese Regelungen mit dem deutschen Recht, das überraschende Klauseln in AGBs verbietet, vereinbar sind und einer gerichtlichen Überprüfung standhalten würden, ist fraglich.

## Selbsthilfe für „Spielerwitwen“

Männer und Frauen, die unter der Computerspiel-Leidenschaft ihrer Partnerin oder ihres Partners leiden, können im Internet Hilfe finden. So bietet etwa die Homepage von [www.gamerwidow.com](http://www.gamerwidow.com) Foren und Berichte von Partnern sowie einen Chat, aber auch Merchandise-Artikel - etwa T-Shirts mit der Aufschrift „I love my gamer“ - an. Die Seite [www.gamingsucks.com](http://www.gamingsucks.com) geht aggressiver vor und bietet unter anderem T-Shirts mit dem Aufdruck „Real men don't wear headsets“ an. ●

## Überprüfung der Grundschulempfehlung und des Prognoseunterrichts

**Eltern und Schüler können sich sowohl gegen die Grundschulempfehlung als auch gegen den Prognoseunterricht gerichtlich zur Wehr setzen (nichtamtlicher Leitsatz).**

OVG NRW, Beschlüsse vom 28. August 2007  
- Az.: 19 B 689/07 und 19 B 1058/07 -

Für das jetzt begonnene Schuljahr 2007/2008 hat das Land das Übergangsverfahren von der Grundschule zur weiterführenden Schule neu geregelt und zwei Stufen eingeführt: Zunächst gibt die Grundschule den Eltern eine Empfehlung, für welche weiterführende Schule sie deren Kind für geeignet hält. Sind die Eltern mit dieser Empfehlung nicht einverstanden und melden sie ihr Kind an einer anderen Schule an, muss es an einem dreitägigen Prognoseunterricht teilnehmen. Auf dessen Grundlage entscheidet dann das Schulamt über die Zulassung zur Schulform.

Mit dem einen Beschluss hat der Senat die Beschwerde eines Schülers aus Essen zurückgewiesen, dem die Grundschule im Halbjahreszeugnis der Klasse 4 die Schulformempfehlung „geeignet für den Besuch der Realschule und der Gesamtschule“ erteilt hatte. Damit war ihm der Besuch des Gymnasiums verwehrt. Er hatte geltend gemacht, er habe seine Leistungen im 2. Halbjahr der Klasse 4 erheblich gesteigert. Nach dem Prognoseunterricht hatte das Schulamt die Grundschulemp-

fehlung bestätigt. Das Verfahren richtete sich ausschließlich gegen die Grundschule und deren Empfehlung. Zur Begründung hat der Senat ausgeführt: Die Grundschulempfehlung sei weiterhin selbstständig gerichtlich angreifbar, weil sie für Eltern und weiterführende Schulen verbindlich sei. Deren Schulleitung dürfe ein Kind mit anderslautender Grundschulempfehlung nicht aufnehmen. Die Grundschulempfehlung sei auch durch die gleichlautende Entscheidung des Schulamtes nach dem Prognoseunterricht nicht hinfällig geworden. Im Ergebnis müsse die Beschwerde des Schülers gleichwohl erfolglos bleiben, weil die Lehrkräfte der Grundschule ihren Beurteilungsspielraum bei der pädagogischen Prognose seiner schulischen Leistungsfähigkeit nicht überschritten hätten.

Das andere Verfahren richtete sich gegen ein Schulamt, das eine Grundschulempfehlung für die Hauptschule aufgrund des Prognoseunterrichts bestätigt hatte. Die betroffene Schülerin aus Paderborn hatte geltend gemacht, die Neuregelung sei verfassungswidrig, weil sie die Schulformwahlfreiheit der Eltern nicht hinreichend berücksichtige. Dem ist der Senat entgegen getreten: Die Schulformwahlfreiheit sei verfassungsrechtlich nicht un-



### GERICHT IN KÜRZE

zusammengestellt  
von Hauptreferent  
Andreas Wohland,  
StGB NRW

### Wir

- helfen bei der Erarbeitung von Basisplänen (ABK, GEP, Sanierungsplan)
- unterstützen Sie bei der Einführung unserer Software für den Kanal- und Kläranlagenbetrieb
- implementieren integrierte Managementsysteme mit Einbindung der Risiko- und Arbeitssicherheit
- übernehmen Beauftragtenfunktionen für die Bereiche Gewässerschutz, Arbeitssicherheit, Gefährdungsbeurteilung
- erstellen mit Ihnen kommunale Satzungen mit Bezug zur Abwasserbeseitigung
- unterstützen Sie bei der Beitrags- und Gebührenkalkulation
- helfen bei der Ausschreibung von Entsorgungsdienstleistungen
- beraten bei der Beschaffung von Feuerwehr-, Rettungsdienst- und Kommunalfahrzeugen



**Kommunal- und  
Abwasserberatung NRW**

Das Dienstleistungsunternehmen  
des Städte- und Gemeindebundes NRW

Wir sind für Sie da, bei der Lösung technischer, rechtlicher und organisatorischer Fragestellungen. Nutzen Sie die Erfahrung unserer Juristen, Techniker, Management- und Organisationsspezialisten.

Kommunal- und Abwasserberatung NRW GmbH  
Cecilienallee 59 | 40474 Düsseldorf  
Tel.: 0211-430 77 0 / Fax: 0211-430 77 22  
[www.kua-nrw.de](http://www.kua-nrw.de) / [info@kua-nrw.de](mailto:info@kua-nrw.de)

begrenzt gewährleistet. Der Gesetzgeber dürfe den Zugang zu einem Bildungsweg von der Eignung des Kindes für diesen Bildungsweg abhängig machen. Der Gesetzgeber habe das Übergangsverfahren so ausgestaltet, dass der Elternwunsch hinreichend berücksichtigt werde.

Die Beschlüsse des OVG sind unanfechtbar.

## Verantwortung von Abfallbesitzern bei Beauftragung von Dritten

**Ein Abfallbesitzer, der einen Dritten mit der Entsorgung seiner Abfälle beauftragt und diesem hierzu den Besitz an den Abfällen überträgt, bleibt weiterhin für deren ordnungsgemäße Entsorgung verantwortlich (nichtamtlicher Leitsatz).**

BVerwG, Urteil vom 28. Juni 2007  
- Az.: 7 C 5.07 -

Die Klägerin hatte auf der Grundlage von Verträgen mit den Abfallerzeugern Baumischabfälle zu einer von einem Dritten betriebenen Immissionsschutzrechtlich genehmigten Recyclinganlage gebracht. Nachdem deren Betreiber insolvent geworden war, gab die Abfallbehörde der Klägerin auf, einen Teil der dort abgelagerten Baumischabfälle zu räumen und ordnungsgemäß zu entsorgen. Ihrer dagegen gerichteten Klage gaben die Vorinstanzen statt. Das Oberverwaltungsgericht vertrat die Auffassung, mit der auftragsgemäßen Besitzübergabe sei die Entsorgungspflicht der Klägerin erloschen. Dem ist das Bundesverwaltungsgericht nicht gefolgt: Die Klägerin war als Besitzerin der Abfälle nach dem Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz zu deren ordnungsgemäßen Entsorgung verpflichtet. Entgegen der Auffassung des OVG ist diese Pflicht mit der Übertragung des Besitzes an den Betreiber der Recyclinganlage nicht entfallen. Die zur Abfallentsorgung Verpflichteten können zwar Dritte mit der Erfüllung ihrer Pflichten beauftragen. Ihre Verantwortlichkeit für die Erfüllung der Pflichten bleibt hiervon aber gemäß § 16 Abs. 1 Satz 2 KrW-/AbfG unberührt. Dies gilt - wie das Bundesverwaltungsgericht entschieden hat - auch, wenn zur Durchführung des Auftrags der Abfallbesitz einem Dritten übertragen wird.

Das Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz betont - im Interesse einer umweltverträglichen Abfallwirtschaft - die Eigenverantwortlichkeit von Erzeugern und Besitzern von Abfällen. Diesen wird insbesondere die Pflicht auferlegt, die Abfälle ordnungsgemäß zu entsorgen. Das Gesetz trägt damit dem allgemeinen im Umweltrecht geltenden Verursacherprinzip Rechnung. Damit wäre es nicht vereinbar, wenn ein zur Entsorgung Verpflichteter sich dieser

Pflicht durch die Übertragung des Abfallbesitzes an einen Dritten entledigen könnte. Demgemäß kann nach § 16 Abs. 1 Satz 2 KrW-/AbfG nur die Erfüllung der Entsorgungspflicht übertragen werden; zur Entsorgung verpflichtet bleibt weiterhin auch der jeweilige Auftraggeber. Auch will das Gesetz die Verantwortlichkeit des Erzeugers von Abfällen, dessen Pflicht bis zu deren endgültigen Entsorgung fortbesteht, nicht abweichend von der des Abfallbesitzers regeln.

Gleichwohl wurde die angefochtene Entscheidung im Ergebnis bestätigt, weil der angefochtene Bescheid an einem Ermessensfehler leidet.

## Abschluss von Wildschweinen zur Eindämmung der Schweinepest

**Jagdberechtigte können zum Abschluss von Wildschweinen verpflichtet werden, um eine Ausbreitung der Schweinepest zu verhindern (nichtamtlicher Leitsatz).**

OVG NRW, Beschluss vom 27. Juni 2007  
- Az.: 13 B 703/07 -

Der 13. Senat des Oberverwaltungsgerichts hat damit in einem Beschwerdeverfahren den Beschluss des Verwaltungsgerichts Aachen vom 25.04.2007 bestätigt. In diesem Beschluss hatte das Verwaltungsgericht den Eilantrag eines Jagdberechtigten abgelehnt, der sich gegen eine Tierseuchenverfügung des Landrats des Kreises Euskirchen gewandt hatte. In der Tierseuchenverfügung war der Jagdberechtigte nach Ausbruch der Schweinepest im Kreis Euskirchen verpflichtet worden, in seinem Revier vom 01.04.2007 bis zum 31.07.2007 monatlich 10 Wildschweine zu erlegen, um einem im Hinblick auf die Seuchengefahr unbedenklichen Bestand von 2 Sauen je 100 ha Waldgebiet näher zu kommen.

Zur Begründung hat das OVG im Wesentlichen ausgeführt: Infizierte Wildschweine bildeten ein Reservoir für den Schweinepestvirus und spielten eine wichtige Rolle bei der Verbreitung der Seuche. In der Vergangenheit hätten durch Wildschweine ausgelöste Schweinepestepidemien zu erheblichen Schäden geführt. Nach den unwidersprochenen Angaben des Landrats des Kreises Euskirchen sei es bei einer derartigen Epidemie in Nordrhein-Westfalen in den Kreisen Recklinghausen und Borken zwischen März und Ende Juni 2006 zu Schäden in Höhe von 82.000.000 € gekommen.

Angesichts des Wildschweinbestandes im ca. 1000 ha großen Revier des Jagdberechtigten sei davon auszugehen, dass die Erlegung von 10 Wildschweinen pro Monat auch tatsächlich möglich sei.

Der Beschluss des OVG ist unanfechtbar. ●



### Herausgeber

Städte- und Gemeindebund  
Nordrhein-Westfalen  
Kaiserswerther Straße 199-201  
40474 Düsseldorf  
Telefon 02 11/45 87-1  
Fax 02 11/45 87-211  
www.kommunen-in-nrw.de

### Hauptschriftleitung

Hauptgeschäftsführer  
Dr. Bernd Jürgen Schneider

### Redaktion

Martin Lehrer M. A. (Leitung)  
Telefon 02 11/45 87-2 30  
redaktion@kommunen-in-nrw.de  
Barbara Baltsch  
Debora Becker (Sekretariat)  
Telefon 02 11/45 87-2 31

### Abonnement-Verwaltung

Stephanie Hilkhausen  
Telefon 02 11/45 87-1  
stephanie.hilkhausen@kommunen-in-nrw.de

### Anzeigenabwicklung

Krammer Verlag Düsseldorf AG  
Hermannstraße 3 • 40233 Düsseldorf  
Telefon 02 11/91 49-4 05  
Fax 02 11/91 49-4 80

### Layout

KNM Krammer Neue Medien  
www.knm.de

### Druck

K-DRUCK Kerbusch GmbH & Co. KG  
41189 Mönchengladbach

GEDRUCKT AUF  
chlorfrei gebleichtem Papier

Die Zeitschrift erscheint monatlich. Das Einzelheft kostet 5,- €. Ein Jahresabonnement kostet einschließlich Inhaltsverzeichnis 49,- €. Die Bezugsgebühren werden im dritten Quartal des Kalenderjahres durch besondere Rechnung eingezogen. Bestellungen nur beim Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen, 40474 Düsseldorf, Kaiserswerther Straße 199-201. Abbestellungen sind nur zum Ende eines Kalenderjahres möglich. Kein Buchhandelsrabatt. Die mit dem Namen des Verfassers veröffentlichten Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder. Nachdruck nur mit Genehmigung der Schriftleitung.

ISSN 0342 - 6106



## Themenschwerpunkt

**Ausgabe November 2007:**

**Sparkassenrecht**